

Wöchentlich 85 Bl. monatlich 3,00 M. im voraus zahlbar. Postbezug 4,32 M. einchl. Postgebühr. Auslandsabonnem. 6.- M. pro Monat.

Der „Vorwärts“ erscheint wochentags zweimal, Sonntags und Montags einmal, die Abendausgaben für Berlin und im Handel mit dem Titel „Der Abend“. Illustrierte Beilagen: „Welt und Zeit“ und „Kinderfreund“, ferner „Unterhaltung und Wissen“, „Frauenstimme“, „Tehsil“, „Bild in die Bäckerei“ und „Jugend-Vorwärts“

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die einseitige Konzentration der 60 Blätter, die eine 4- bis 6-zeilige „Kleine Anzeigen“ das entsprechende Wort 25 Blätter (jeweils zwei Zeilen) betragen, jedes weitere Wort 12 Blätter. Stützegebühren das erste Wort 18 Blätter, jedes weitere Wort 10 Blätter. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Arbeitsmarkt Seite 60 Blätter. Familienanzeigen für Abonnenten Seite 40 Blätter. Anzeigenannahme im Hauptgeschäft Lindenstraße 2, wochentags, von 8 1/2 bis 17 Uhr.

Redaktion und Verlag: Berlin SW 68, Lindenstraße 3
Fernsprecher: Pöndhoff 292-297. Telegramm-Adr.: Sozialdemokrat Berlin

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

Postcheckkonto: Berlin 37536. — Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten Wallstr. 65. Diskonto-Gesellschaft, Depositenkassa Lindenstr. 3

Belgien macht Schwierigkeiten.

Parker Gilbert in Brüssel.

Brüssel, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Der Reparationsagent Parker Gilbert, der am Montagabend in Brüssel ankam, hielt am Dienstag eine Besprechung mit dem Ministerpräsidenten Jaspar, dem Minister des Auswärtigen Hymans und dem Finanzminister Houtart ab. Der Zweck dieser Besprechung war, die belgische Regierung von den in London und Paris gepflogenen Verhandlungen über die Revision des Dawes-Planes zu unterrichten und die Haltung der belgischen Regierung zu dieser Frage zu erfahren.

Vormittags hatte der Ministerrat über diese Angelegenheit beraten. Amlich wird erklärt, daß der Ministerrat die im wesentlichen ablehnende Haltung der belgischen Regierung bekräftigt hat. Belgien hat nach Ansicht der Regierung kein Interesse an der Revision des Dawes-Planes. Auch die belgische Regierung hält die endgültige Festsetzung der deutschen Reparationspflicht für notwendig, aber sie will von einer noch so

mäßigen Herabsetzung der an Belgien gezahlten Jahresraten, die dessen Schuld an Amerika reichlich decken, nichts wissen, weil dadurch das Gleichgewicht des belgischen Budgets gefährdet würde. Auch der Vorschlag einer Mobilisierung der deutschen Reparationspflicht findet bei der belgischen Regierung wenig Anklang, weil sie von einer derartig großen internationalen Kreditoperation einen ungünstigen Rückschlag auf den allgemeinen Zinsfuß befürchtet. Andererseits versucht die belgische Regierung vor Einsetzung der in Genf beschlossenen Reparationskommission die Zustimmung der ehemals alliierten Regierungen zur belgischen Forderung der Rückerstattung der beim Waffenstillstand in Belgien verbliebenen Papiermark zu gewinnen. Ob es Parker Gilbert gelungen ist, die belgische Regierung zu einer Änderung dieses scharf ablehnenden Standpunktes zu bewegen, wird nicht gesagt. Parker Gilbert wurde im Laufe des Nachmittags vom König empfangen und reiste abends nach Berlin weiter.

Zehn Jahre Deutschösterreich.

Gedenksfeier in Wien.

Wien, 23. Oktober.

Zum zehnjährigen Gedenken der am 21. Oktober erfolgten Konstituierung der Nationalversammlung der deutschen Abgeordneten Osterrichts im Saal des Niederösterreichischen Landtags versammelten sich heute unter dem Vorsitz des Landtagspräsidenten Jukel zahlreiche National- und Bundesräte in den historischen Räumen. Präsident Jukel gedachte der Ereignisse vor zehn Jahren und der Beschlüsse der damaligen Nationalversammlung sowie aller Volksgenossen, die am 21. Oktober 1918 das feierliche Bekenntnis zum deutschösterreichischen Staat abgelegt haben. Besonders gedachte er der Bevölkerung jener ehemals niederösterreichischen Gebiete, die durch das Friedensdiktat von St. Germain von ihrem Mutterland losgelöst wurden.

Präsident Jukel schloß mit den Worten: „Opfermut und Selbstvertrauen jedes einzelnen Bürgers haben es ermöglicht, das vor zehn Jahren gegründete Österreich, wenn auch noch nicht zu einem glücklichen Ziel, so doch ein gutes Stück weiter vorwärts zu bringen. In Liebe zu unserem Vaterland wollen wir die Feier des heutigen Tages ausklingen lassen in dem einmütigen Bekenntnis zum heutigen Staat. Die Republik lebe hoch!“ Die Versammlung, die sich bereits bei den Schlussworten des Präsidenten von den Plätzen erhoben hatte, stimmte begeistert in den Hochruf ein.

Amnestie für politische und Jusdelikte.

Wien, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Im Nationalrat hat die Regierung ein Amnestiegesetz aus Anlaß des zehnjährigen Bestandes der Republik vorgelegt. Danach soll für politische Delikte, die genau angegeben werden, eine Niederlegung des Strafverfahrens sowie eine Erlassung der noch nicht vollstreckten Strafen und für alle eine Nachsicht der Straffolgen einwirken.

Für alle strafbaren Handlungen, die am 15. und 16. Juli 1927 im Zusammenhang mit den damaligen Unruhen begangen wurden, wird Nachsicht der Strafen und der Rechtsfolgen gewährt sowie noch nicht eingeleitete Verfahren eingestellt. Schließlich wird, ganz abgesehen von diesen Delikten, für alle rechtskräftigen Urteile, die nicht einen Monat Freiheitsstrafe oder einen Monat Ersatzstrafe für Geldstrafe übersteigen, dreijährige Bewährungsfrist bewilligt. Dieser Gesetzesentwurf wird voraussichtlich sehr schnell im Parlament behandelt werden.

Hugenbergs Pariser Echo.

„Die deutsche Republik steht wie ein Felsen.“

Paris, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Das Programm Hugenbergs findet in der gesamten Presse eine eingehende Wiedergabe, ohne daß man sich hier im allgemeinen veranlaßt sieht, eingehender Stellung zu nehmen: der beste Beweis dafür, wie ruhig man in Frankreich immerhin heute die geräuschvolle Tätigkeit der deutschen Nationalisten betrachtet. Der „Paris Midl“ läßt sich aus Berlin berichten, es sei völlig ausgeschlossen, daß ein etwaiger Gewaltstreik Hugenbergs jemals gelingen werde. Die deutsche Republik stehe wie ein Felsen und nichts könne sie mehr zu Fall bringen. Nur Blätter, die hysterisch nach Hegelegenheiten suchen, wie der „Antragsgenant“, lassen sich vernehmen, daß die Entente cordiale mit England nunmehr recht gelöst werden müsse. Alles in allem kommt die Wirkung der Tiraden Hugenbergs in Frankreich für seine Anhänger

jedenfalls unerwartet: Entweder man überhört sie achselzuckend, oder man legt auf einen Scheitern andertalben.

Vormarsch in Norwegen.

Arbeitererfolge bei den Gemeindevahlen.

Kopenhagen, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Die norwegischen Gemeindevahlen sind im Gange, vorerst in den Landdistrikten, da die Städte erst im Dezember wählen. Es wird sich bei diesen Wahlen entscheiden, ob der große Fortschritt der inzwischen vertinigen Arbeiterparteien bei den Stortingswahlen 1927 bestätigt wird.

Die Sozialdemokratische Arbeiterpartei hat sich bis jetzt schon die Mehrheit in 57 Landgemeinden gesichert, von denen 37 bisher bürgerliche Mehrheiten hatten. In 10 Gemeinden haben die Arbeiter die gleiche Anzahl Vertreter wie die Bürgerlichen erhalten. Die Aussichten sind somit außerordentlich günstig. Die Stellung der Arbeiterpartei wird sich bei den Wahlen in den Städten zweifellos noch stärker verbessern.

Mobilisierung der Scharfmacher.

Schließt die Arbeiterfront!

Die Scharfmacher halten den Augenblick für einen großen Angriff gegen die Arbeiterschaft und ihre Organisationen für gekommen.

Die Textilindustriellen wollten der Arbeiterschaft eine Entscheidungsschlacht aufzwingen in einer Situation, die den Arbeitern wenig Chancen bot. Sie drohten mit der allgemeinen Ausperrung. Ihr Plan ist zuletzt gescheitert. Die Schiedsprüche im Dürener und München-Grabbacher Gebiet sind für verbindlich erklärt worden.

Die Metallindustriellen der Gruppe Nordwest, die Führer des deutschen Scharfmachertums, breiten die allgemeine Ausperrung vor. Ihre Mobilisierungsgebote an die Mitglieder des Arbeitgeberverbandes sind ergangen. Mit ihnen kämpfen die Werkunternehmer.

Sie wollen es auf Viegen oder Brechen ankommen lassen!

Für sie arbeitet der Wahnsinn der Kommunisten, die in dieser Situation gegen die Arbeiterschaft kämpfen und Zersplitterung in ihre organisierte Macht zu tragen suchen. Kommunistischer Terror in Hamburg gegen organisierte Arbeiter, gegen die Gewerkschaft! Sie überfallen ältere Arbeiter, sie mißhandeln sie, um ihre gewerkschaftliche Disziplin zu untergraben.

Gegen Ausperrungsterror der Scharfmacher und kommunistischen Wahnsinn muß die organisierte Arbeiterschaft siegen! Die freien Gewerkschaften und die Sozialdemokratische Partei — sie bilden den festen Wall, an dem sich der Ansturm brechen muß.

Seid gerüstet! Stärkt unsere organisierte Macht!

Hinein in die Gewerkschaften!

Her zur Sozialdemokratie!

Gewerkschaft und Partei.

Reallohn ist gewerkschaftlicher plus politischer Lohn!

Von Fritz Tarnow.

Die Gewerkschaften können in diesen Tagen der Erinnerung an das Sozialistengesetz noch ein anderes Jubiläum feiern. Gerade 10 Jahre vor dem Erlaß des Schandgesetzes, also vor nunmehr 60 Jahren, tagte in Berlin der „Allgemeine deutsche Arbeiterkongress“, auf dem ein umfassender Plan zur Gründung von Gewerkschaften beraten und beschlossen wurde. Wenn auch schon vor dieser Zeit in einzelnen Berufen Ansätze gewerkschaftlicher Organisation vorhanden waren, so kann man doch von dieser Tagung aus die Geschichte der modernen Gewerkschaftsbewegung datieren.

Um jene Zeit war die Idee der gewerkschaftlichen Selbsthilfe in der jungen sozialistischen Bewegung noch heftig umstritten. Man bezweifelte ernsthaft, daß der gewerkschaftlichen Aktion überhaupt Erfolge möglich sein könnten und befürchtete eine Zersplitterung der politischen Bewegung, ohne daß irgendein Vorteil für die Arbeiter dabei herauskäme. So sonderbar uns heute dieser Pessimismus erscheint, er war damals angesichts der Schwäche der Gesamtbewegung nur zu verständlich.

Längst ist jeder Zweifel über die Berechtigung und Notwendigkeit der besonderen Gewerkschaftsbewegung verschwunden. Aus den Tatsachen wissen wir, wie glänzend sich die Zerteilung bewährt hat wie ausgezeichnet beide Formationen einander ergänzt haben und wie der Fortschritt der politischen Bewegung ohne die gewerkschaftliche Hilfe ebenso wenig denkbar gewesen wäre, wie die Erfolge der Gewerkschaften ohne die Partei.

Bist das ohne jede Einschränkung für die Vergangenheit, so muß es erst recht für die Gegenwart und Zukunft Gültigkeit haben. Die politische Umformung des Staates wäre sinnlos, wenn ihr nicht soziale Wandlungen folgen würden. Die Arbeiterklasse kämpft um politische Macht nicht als Selbstzweck, sondern als Mittel zum Zweck der sozialen Umgestaltung. Der demokratisch-parlamentarische Staat muß selbstverständlich in einem ganz anderen Maße in die Wirtschaft und das soziale Leben eingreifen, als der rein kapitalistische Klassenstaat des alten Regimes dazu bereit war. Vieles von dem, was früher allein durch gewerkschaftliche Selbsthilfe und gegen den heftigen Widerstand nicht nur des Unternehmertums, sondern auch der Staatsorgane zu erringen war, wird heute schon und in Zukunft noch mehr zu einer Staatsaufgabe.

An zwei Beispielen der Nachkriegszeit ist das ganz deutlich. Das eine ist die Arbeitszeitgesetzgebung, die trotz aller Mängel die durchschnittliche Arbeitsdauer auf ein Maß herabgedrückt hat, das durch gewerkschaftliche Selbsthilfe vielleicht auch erreichbar gewesen wäre, aber schwerlich schon zu diesem Zeitpunkt und nur unter Aufbietung ganz großer Kraftanstrengungen und gewaltiger Opfer der Arbeiter. Das andere ist die Arbeitslosenfürsorge, die als wichtiges Hilfsmittel des Lohnkampfes von den Gewerkschaften längst erkannt und eingeführt war aber nur durch die staatliche Regelung sehr viel wirksamer gestaltet worden ist, als es der rein gewerkschaftlichen Selbsthilfe möglich wäre.

Die Tatsache, daß im alten Staat die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben in untergeordneten Ressorts so nebenher mit verwaltet wurden, während wir heute für die Fragen der Wirtschaft, der Arbeit und der Ernährung ein besonderes Ministerium haben, ist ein weiterer Beweis dafür, wie sehr die Möglichkeiten gewachsen sind, die Machtmittel des Staates mit einzusetzen für den Kampf der Arbeiter um Bessergestaltung der Lebensbedingungen.

Unter der geltenden demokratischen Verfassung kann die Volksmehrheit ihre Souveränität über den Staat durch das einfache Mittel des Stimmzettels verwirklichen. Das deutsche Volk, dessen Wähler zu zwei Dritteln Arbeitnehmer sind, braucht nur zu wollen, um den Staat zu einer Arbeiterpolitik zu zwingen, die gewiß nicht die gewerkschaftliche Arbeit überflüssig machen, aber in größtem Maßstab fördern und ergänzen und in ihren Erfolgen sichern würde.

Wirtschaftspolitik, Handels- und Zollpolitik sind neben der Sozialpolitik entscheidende Faktoren der Lohnbildung. Der nurgewerkschaftliche Lohnkampf findet deshalb seine notwendige Ergänzung im politischen Lohnkampf. Der gewerkschaftlich erkämpfte Lohn wird erst in Verbindung mit der politischen Lohngestaltung zum Reallohn, der das Maß der Lebenshaltung bestimmt.

So ist die innige Verbundenheit zwischen gewerkschaftlicher und politischer Aktion und damit zwischen Gewerkschaften und Partei im neuen Staat noch viel selbstverständlicher geworden, als sie es früher war. Als die politische Organisation der Arbeiterschaft sich spaltete, wurde zunächst die Form der Zusammenarbeit für die Gewerkschaften problematisch. Heute existiert diese Frage nicht mehr. Die politischen Interessen der Gewerkschaften sind zwar nicht unter allen Umständen auf eine bestimmte Parteipolitik abgestellt, aber sie erfordern den größtmöglichen positiven Ein-

fluß auf die Gesetzgebung und den Staat. In dem die kommunistische Partei grundsätzlich der politischen Mitarbeit im heutigen Staat entzogen hat, hat sie sich selbst von der politischen Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften ausgeschaltet. Verbundenheit der gewerkschaftlichen mit der politischen Arbeit kann also gar keine andere Auslegung finden, als engste Zusammenarbeit der Gewerkschaften mit der Sozialdemokratischen Partei.

Die Sozialdemokratische Partei stärkt heißt, für die Gewerkschaften arbeiten!

Lambach droht.

Noch vor Weihnachten neuer Kampf um Hugenberg.

Der Gewerkschaftsflügel der Deutschnationalen nimmt Hugenberg gegenüber eine bemerkenswerte Haltung ein. Der „Politisch-Gewerkschaftliche Zeitungsdienst“ schreibt:

„Wenn die Wahl eines neuen Vorsitzenden keine Änderung der grundsätzlichen Politik der Deutschnationalen Partei bedeutet, insbesondere, wenn die Gewähr einer tatkräftigen Sozialpolitik gegeben ist, wird die christlich-soziale Gruppe noch wie vor bereitwillig in der Deutschnationalen Partei mitarbeiten. Aber diese Gewähr nicht gegeben, dann wird die christlich-soziale Gruppe sich von der Deutschnationalen Volkspartei lösen müssen. Die Entscheidung liegt also bei dem neuen Parteiführer, der nun zu zeigen haben wird, ob er Wert auf die Mitarbeit aus den Kreisen der Christlichsozialen legt.“

Hugenberg hat es vorgezogen, die Parteivertretung am Sonntag, nachdem sie seine Programmrede und eine kurze Ansprache Westarps entgegengenommen hatte, wieder nach Hause zu schicken, ohne die noch auf der Tagesordnung stehenden Punkte zu verhandeln. Diese einzelnen Punkte der Tagesordnung, die sich vor allem mit Satzungsänderungen beschäftigen, werden nunmehr in einer neuen Parteivertretung, nach Hugenbergs Antindigung noch vor Weihnachten, behandelt. Die Aussprache auf der Parteivertretung wird dann für das Schicksal der Partei entscheidend sein.“

Hugenberg begegnet von vornherein dem Widerstand des Westarp-Flügels und des Lambach-Flügels. Die Krise der Deutschnationalen ist nach der Hugenberg-Wahl stärker als zuvor.

Volksbegehren in Bayern.

Ein völliges Fiasko der SPD.

München, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Obwohl in Bayern die amtliche Zählung der Eintragungen in die Listen des kommunistischen Volksbegehrens noch nicht abgeschlossen ist, konnte doch bereits festgestellt werden, daß das Fiasko der SPD in Bayern noch erheblich größer ist als in den anderen Teilen des Reiches. Es ist doch schon außerordentlich bezeichnend, daß z. B. in Regensburg, einer Stadt von über 78 000 Einwohnern, sich nicht eine einzige Person in die zahlreich aufliegenden Listen einzeichnete, während bei den Wahlen am 20. Mai in Regensburg noch rund 2700 SPD-Stimmen gezählt wurden. Ein geradezu tragikomischer Vorgang ist es aber, daß die kommunistische Landtagsabgeordnete Rosa Rosenbrenner vor lauter Agitationswut ganz vergaß, sich einzzeichnen zu lassen. Sie wohnt in einer vor den Toren Münchens gelegenen kleinen Gemeinde mit sozialistischer Rathausmehrheit und verlangte von dem Bürgermeister die Überäumung möglichst günstiger Eintragungsgelände. Trotzdem fanden nur vier Kommunisten, die sich einzeichneten, sie selbst aber, die große SPD-Führerin in Bayern, vergaß die Eintragung und forderte vom Bürgermeisteramt auch keinen sogenannten Eintragungsschein, der ihr gestattet hätte, sich irgendwo auswärts einzzeichnen.

Die Flucht aus der SPD.

Zwei Stuttgarter Führer ausgetreten.

Stuttgart gehört zu den Orten im Reich, die die Kommunisten als ihre Hochburgen bezeichnen. Aber auch hier ist die Zerlegung im vollen Gange. Vor einigen Wochen erst ist der Geschäftsführer Siefert von der Ortsverwaltung des Deutschen Metallarbeiterverbandes aus der SPD. ausgetreten. Das dortige kommunistische Blatt fiel damals weidlich über ihn her, seine Erwiderung wurde jedoch unterschlagen, da eine sachliche Aufklärung nicht erwünscht war. Vor einigen Tagen ist nun auch der Geschäftsführer Wönnemann aus der kommunistischen Partei ausgeschieden. Bisher war die Stuttgarter Ortsverwaltung in kommunistischen Händen, die Austritte zweier bekannter Führer werden sicher nicht ohne erhebliche Nachwirkungen für die SPD. sein.

Wilhelm II. als Großmutter.

Schärfste Kritik der Mutter.

London, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Am heutigen Tage gelangt in London eine sensationelle Sammlung von bisher unbekanntem Briefen der Kaiserin Friedrich, der Tochter der englischen Königin Viktoria und Mutter Wilhelms II. zur Veröffentlichung, aus der hervorgeht, wie sehr der frühere deutsche Kaiser von seiner eigenen Mutter verachtet worden ist. Die Briefe wurden auf Wunsch der sterbenden Kaiserin Friedrich vor 28 Jahren nach England geschmuggelt, um zu verhindern, daß sie nach ihrem Tode in die Hände ihres eigenen Sohnes fielen. Die Briefe der Kaiserin enthalten eine Kritik des Kaisers, wie sie schärfer von keinem schärfsten Gegner nicht geübt werden konnte. Der Kaiser wird von ihr als stumpf, ohne Fähigkeit an irgend etwas festzuhalten, als völlig blind, als ein Großmutter, ein Egoist bezeichnet. Weiter heißt es u. a.: „Ich fühle mich wie eine alte Henne, die eine Ente anstatt ein Huhn aufzieht. Ich wünschte, ich könnte ihn bei allen öffentlichen Gelegenheiten das Maul sperren. Er ist mit seiner Wildspenigkeit und Ueberreizung ein großes Baby...“ „Er ist wie ein Kind, das einer Fille ein Bein ausreißt und glaubt, daß diese Prozedur der Fille gleichgültig sei.“

Professor Alphonse Aulard, der berühmte Historiker der französischen Revolution, ist am Dienstag in Paris gestorben. Aulard, dessen Hauptwerke, so insbesondere die „Politische Geschichte der französischen Revolution“, auch ins Deutsche übertragen wurden, spielte auch im politischen Leben lange Zeit eine bedeutende Rolle als einer der härtesten Verteidiger der Verfassunggebung und einer der eifrigsten Vorkämpfer für die deutsch-französische Verständigung.

Am ein deutsches Mädchen in Neapel zur Strecke zu bringen, haben die Polen die Leiterin dieses Heims in Scherzpingen, Kreis Dirschau, die Danziger Bürgerin Eva Förster, ausgewiesen.

Reichsregierung und Reichsreform

Erklärung des Reichskanzlers vor dem Länderausschuß — Bayern macht Schwierigkeiten.

In der Sitzung des Ausschusses für Verfassungs- und Verwaltungsreform am Dienstag gab Reichskanzler Müller eine Entschiedenheit der Reichsregierung bekannt, die in der vorhergegangenen Kabinettsitzung einstimmig beschloffen worden war. Die Entschiedenheit hat folgenden Wortlaut:

„Auf Grund der gestrigen Verhandlungen des Ausschusses erklärt die Reichsregierung:

1. Die Reichsreform muß getragen sein von der Erkenntnis der Notwendigkeit einer starken Reichsgewalt, der Bedeutung der vielfältigen Eigenarten des deutschen Volkslebens und des Erfordernisses sparsamster Finanzgebung der öffentlichen Haushalte.

2. Eine territoriale Neugliederung ist erforderlich und darf sich nicht beschränken auf solche Gebiete, die infolge Gemeingelage einzelner Gebietsteile eine besonders erschwerte und kostspielige Verwaltung haben.

3. Es ist erforderlich, als Glieder des Reichs leistungsfähige Länder bestehen zu lassen. Hierfür ist zu prüfen, wie die Verwaltung der Länder zu gestalten ist. (Wahl der Landtage, Amtszeit der Landesregierungen, Landespraxis.) Ferner soll geklärt werden, wie die Organisation des Unterbaues in den Ländern nach einheitlichen Reichsgrundsätzen (Reichsrahmengesetzen) eingerichtet werden kann.

4. Die Beseitigung des Dualismus zwischen Reich und Preußen erscheint im Rahmen der Endlösung erforderlich. Deshalb ist zu klären, wie in diesem Falle das Verhältnis des Reichs zu den übrigen Ländern und die Zusammenlegung des Reichsraums gestaltet werden soll.

5. Die Verwaltungsbezirke des Reichs und Ländergrenzen sind nach Möglichkeit einander anzupassen.

6. Die Einrichtung der Auftragsverwaltung ist in dem Sinne auszuarbeiten, daß die Reichsregierung die Landesregierungen mit der Ausführung von Angelegenheiten der Reichsverwaltung beauftragen kann, so daß die Verwaltung alsdann nach näherer Anweisung der Reichsregierung geführt wird und für die Ausführung die Verantwortung nicht gegenüber dem Landtag, sondern gegenüber dem Reichstag besteht.

7. Es ist zu prüfen, inwieweit den Ländern zur Erledigung im Wege der Eigenverwaltung Aufgaben übertragen werden können, die nicht als Lebensfragen der Nation vom Reich oder im Auftrage des Reichs zu erledigen sind. Auf vielen Gebieten wird sich das Reich mit einer Obersicht von Gesetzen und Anordnungen begnügen und die nähere Durchführung den Ländern unter selbständiger Verantwortung überlassen können.

8. Die Reichsregierung empfiehlt dem Ausschuss, zur Bearbeitung dieser Fragen zwei Unterausschüsse einzusetzen, von denen der erste Vorschläge für die neue Abgrenzung der Länder und Reichsverwaltungsbezirke und deren zweiter Vorschläge für die Zuständigkeit der Länder und deren Organisationen zu machen hat. Dabei bildet eine gemeinsame Tagung der beiden Ausschüsse vorzuziehen.“

Der Vertreter Bayerns erklärte, daß er die Vorschläge der Reichsregierung nicht als geeignete Grundlage für die Weiterberatung der Reichsreform ansehen könne. Auf bayerischen Reichstag wurde darauf die Verhandlung bis Mittwoch vormittag 11 Uhr vertagt.

Vor Vermittlungsanträgen der süddeutschen Länder?

Telunion meldet: „Am Laufe des Dienstag nachmittag trafen zur Beratung der durch den Antrag der Reichsregierung neu geschaffenen Lage in den Verhandlungen des Ausschusses für Verfassungs- und

Verwaltungsreform die Delegationen der einzelnen Länder zu Sonderbesprechungen zusammen. Wie die Telegraphen-Union erzählt, geht das Ergebnis dieser Besprechungen dahin, daß in der Mittwochssitzung Anträge von Bayern und anderen Ländern eingebracht werden sollen, die eine weitere Teilnahme der süddeutschen Länder an den Verhandlungen ermöglichen sollen. Bei einer Ablehnung dieser Anträge würde mit einem Abbruch der Verhandlungen des Ausschusses zu rechnen sein. Bayern hat somit, wie es scheint, mit seiner Stellungnahme gegen die Anträge der Reichsregierung Unterstützung bei den süddeutschen und mitteldeutschen Ländern gefunden.“

Bayerns Absichten.

Auf der Tagung der Länderkonferenz ist Bayern vertreten durch den Ministerpräsidenten und den Innenminister. In Begleitung des Ministerpräsidenten befindet sich der Chefredakteur der Bayerischen Volkspartei-Korrespondenz Karl Schwend. Herr Schwend hat die Länderkonferenz mit einem Artikel begrüßt, in dem die Absichten der bayerischen Regierung in folgenden Sätzen umrissen sind:

„Einzig und allein auf dem Boden des in der Verfassung garantierten bundesstaatlichen Charakters des Reichs ist Bayern in der Lage, positiv an einer Reichsreform mitzuarbeiten, sei es, daß es sich um eine Verbesserung des Verhältnisses zwischen Preußen und Reich, sei es, daß es sich um die Stellung des nichtpreussischen Deutschlands zum Reich handelt.“

Ran jagt, das Reich leidet an der unbefriedigenden Regelung des Verhältnisses zwischen Reich und Preußen. Bayern ist bereit hier mitzuwirken, wenn Vorschläge gemacht werden, die nicht darauf abzielen, über Preußen den Einheitsstaat zu erzwingen.“

Der südwestdeutsche Länderausgleich.

Baden, Hessen, Württemberg verhandeln. — Wimpfen will gehört werden.

Stuttgart, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Als eine Teilfrage der Reichsreform ist vor kurzem von den Regierungen der drei südwestdeutschen Länder Baden, Hessen und Württemberg der Austausch der zahlreichen Enklaven, Exklaven und Kondominate bezeichnet worden. Vertreter der drei Regierungen sollen deshalb zu einer Verhandlung über diese Durchführungsfragen zusammengetreten. Die Mitteilung hiervon hat die in Betracht kommenden Orte in Bewegung gesetzt und sie begannen in Beschluß zu der Frage Stellung zu nehmen. Nachdem die Zuteilung des preussischen Regierungsbezirks Hohenzollern, der größten in Süddeutschland gelegenen Enklave, an eines der südwestdeutschen Länder anscheinend nicht in Frage kommt, ist die Zukunft der politisch zu Hessen zählenden Stadt Wimpfen am Neckar, die vom Rittersland völlig abgetrennt zwischen den Ländern Württemberg und Baden eingeschlossen gelegen ist, der wichtigste Bestandteil der zu führenden Verhandlungen. Der Gemeinderat der Stadt Wimpfen hat nun mit Nachdruck verlangt, daß nicht von den Zentralregierungen einfach beschlossen und verfügt werden dürfe, sondern daß das Selbstbestimmungsrecht der Stadt und ihrer Einwohner gewahrt bleiben müsse. Er erklärte im Vorliegen, daß er die Enklavenfrage nur für eine Teilfrage der notwendigen Klärung in Südwestdeutschland halte. Er unterstütze deshalb die Bestrebungen nach Schaffung eines großen Südwestdeutschland und will sich an der Bildung einer Organisation beteiligen, die zur Erreichung dieses Zieles zu schaffen wäre.“

Verfassungsmäßigkeit des Reichsrechts.

Ein Geschenkwurf des Reichsinnenministers.

Der Reichsinnenminister hat dem Reichstag einen Geschenkwurf über die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit von Vorschriften des Reichsrechts zugeleitet. Die Vorlage befaßt in ihrem ersten entscheidenden Paragraphen: „Bestehen Zweifel oder Meinungsverschiedenheiten darüber, ob eine nach Inkrafttreten dieses Gesetzes als Gesetz oder Verordnung verkündete Rechtsvorschrift des Reichsrechts mit der Reichsverfassung vereinbar oder unvereinbar und daher rechtsungültig ist, so können mehr als ein Drittel der Mitglieder des Reichstags oder mehr als ein Drittel der im Reichsrat vertretenen Stimmen oder die Reichsregierung die Entscheidung des Staatsgerichtshofes für das Deutsche Reich beantragen.“

Der gleiche Geschenkwurf hat bereits dem früheren Reichstag vorgelegen, wurde aber wegen der Auflösung nicht mehr erledigt.

Die Strelitzer Krise.

Wird gestürzt, wird nicht gestürzt?

Neustrelitz, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

In der Dienstagssitzung des Landtages von Mecklenburg-Strelitz richtete bei Besprechung des Mißtrauensantrages der Deutschnationalen gegen den sozialdemokratischen Minister Dr. v. Reibnitz der Sprecher der Deutschnationalen Angerisse gegen v. Reibnitz, dem er vorwarf, er hätte sich durch sein Verhalten in der Wiedereröffnung der Jakobowitsch-Affäre nur beliebt machen wollen. Minister Dr. v. Reibnitz stellte demgegenüber fest, daß er persönlich in das Wiedereröffnungsverfahren überhaupt nicht eingegriffen hätte, damit nicht der Vorwurf der Parteilichkeit gegen ihn erhoben werden könne.

Die Abstimmung über den Mißtrauensantrag wurde gemäß dem Vorschlage des Aeltestenrates auf kommenden Montag vertagt. Neuerdings hat man in ununterrichteten Kreisen den Eindruck, daß die Kommunisten dem von der bürgerlichen Opposition eingebrachten Mißtrauensvotum nicht ihre Zustimmung geben werden. Für den Fall wäre das Schicksal des Mißtrauensantrages noch sehr ungewiß.

Birkenhead Leiter eines Radiotrufes.

London, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Wie verlautet, wird Lord Birkenhead, der vor kurzem seinen Rücktritt als Minister für Indien vollaufen hat, zum Generaldirektor der „Imperial Communication“, eines in Bildung begriffenen riesigen Kabel- und Radiokonzerns, ernannt werden. Die

Bildung dieses Konzerns, der ein Monopol für sämtliche Radio- und Kabelverbindungen innerhalb des britischen Reiches erhalten soll, findet bei der Arbeiterpartei starke Kritik, da nicht nur der Zusammenschluß bisher in Privatbesitz befindlicher Gesellschaften, sondern auch ein Anschluß der zurzeit unter staatlicher Leitung stehenden Radio- und Kabelgesellschaft an diesen Trust geplant ist. Lord Birkenhead wird als Vorsitzender dieser Gesellschaft ein Jahresgehalt von nicht weniger als 300 000 M. beziehen.

Simon setzt sich durch.

Der indische Boykott aufgehoben.

London, 23. Oktober. (Eigenbericht.)

Wie der „Indische Pressdienst“ aus Bana, dem Standort der indischen Verfassungskommission, meldet, hat die Indische Freiheitspartei unlängst den Beschluß gefaßt, den bisher ausgeübten Boykott gegenüber sämtlichen gesellschaftlichen Veranstaltungen der Regierung von Indien und der Verfassungskommission aufzuheben und es ihren Mitgliedern freigestellt, an derartigen Veranstaltungen teilzunehmen. Zahlreiche Führer der Partei sind nunmehr zum erstenmal bei amtlichen Empfängen und Banketten erschienen und bei dieser Gelegenheit mit dem von ihnen noch unlängst auf das schärfste bekämpften Sir John Simon persönlich zusammengetroffen. Diese Entspannung ist die Folge einer Rede Sir John Simons, in der der Vorsitzende der Verfassungskommission zu der von den Indischen Parteiführern erwarteten allgemeinen indischen Verfassung in einer Art Stellung genommen hat, die auf die indische öffentliche Meinung den größten Eindruck gemacht hat.

Amerikanische Greuelnachricht.

Zur Anschwärmung der Revolutionäre von Nicaragua.

Washington, 23. Oktober.

Beim Staatsdepartement ist von einem amerikanischen Offizier, der zur Überwachung der Wahlen in Nicaragua weilt, die Nachricht eingegangen, daß von angeblichen Anhängern des Generals Sandino in der Nacht zum 1. Oktober in dem Dorf San Marcos unerhörte Grausamkeiten verübt worden seien, um die Eingeborenen von der Teilnahme an den Novemberwahlen abzuhalten. So habe man einigen von ihnen Ohren und Nasen abgeschritten. Der Vorfall sei durch einen Mann bekannt geworden, den ein amerikanisches Flugzeug gerettet habe.

Das politische Seminar für die Rheinprovinz hielt am Sonntag in Koblenz seine vierte Tagung in Form einer Rundgebung unter dem Motto „Unsere Zeit am freien Rhein“ ab.

Der Landbund-Aufstand von Kyritz

Und keiner will's gewesen sein!

Im weiteren Verlauf des Kyritzer Prozesses erklärte der Angeklagte Major Cordes, daß die vorbereitende Versammlung für die Demonstration in Prißnitz abgehalten worden sei. Die Aufreißer seien damals beschlagnommen worden. Die Tatsache, daß die Landbundmitglieder diese Stöße mitgeführt hätten, sei weiter nicht aufzufällig, denn leichte Stöcke gäbe es wohl in keinem Bauernhaus. **Barl.:** Haben Sie, als Sie noch vor dem Landratsamt waren, gesehen, wie

mit Glühbirnen und Steinen geworfen

wurde? — **Angell.:** Mit Glühbirnen ja. Steinwürfe habe ich nicht gesehen. Im übrigen möchte ich betonen, daß die Forderung der Menge, daß der Landrat erscheinen solle, sich nicht gegen die Person, sondern nur gegen das System richtete. Der Angeklagte bestritt, daß er die Leute durch Zeichen ermuntert habe. Er habe nur gesagt, erst müsse die Schupo weg, dann würden unsere Leute auch abziehen. — Bei dieser Darstellung blieb der Angeklagte auch gegenüber dem Hinweis des Oberstaatsanwalts, daß Cordes, der ja nach seiner eigenen Angabe am Eingang des Finanzamtes stand, unbedingt gesehen haben müsse, wie das am Eingang befindliche Hoheitschild durch einen Steinwurf zertrümmert worden sei.

Der Angeklagte Gutsverwalter v. Jena erklärte ebenfalls, daß der Einzug der Schupo außerordentlich bedauerlich gewesen wäre. Die Deputation, die vom Landrat sehr freundlich empfangen wurde, daß auch den Leiter des Finanzamtes, Oberregierungsrat Reinholz, einige Worte zur Menge zu sprechen. Hätte er das getan, so wäre die Menge sicher ruhig weitergegangen. **Barl.:** Aber vorher waren doch schon Fenster eingeschlagen worden. — **Angell.:** Nur, weil die Leute die Schupo sahen. Wir berichteten dann der Menge, daß Reinholz uns erwidert habe, er sei von seiner vorgesetzten Behörde angewiesen, nicht vor der Demonstration zu sprechen. Bedauerlicherweise haben sich unsere Leute darüber heftig aufgeregt und riefen, trotzdem wir sie zu beruhigen versuchten:

Er ist doch alter Offizier, er kann auch mal ohne Befehl handeln.

Der dritte Hauptangeklagte, Gemeindevorsteher Staffehl erklärte, daß es allen fern gelegen habe, irgend etwas zu zerstören. Wäre es nicht unter dem Vorgänger des Finanzamtsleiters zu Verfehlungen gekommen, dann hätten sich auch dort keine Zwischenfälle ereignet. (Brauerei auf der Anlagebank. Der Vorsitzende verbat sich daraufhin jede Kundgebung.) An diesen Verfehlungen hätte nicht Reinholz, sondern sein Vorgänger Schuld gehabt. Es sei nicht wahr, daß er die Menge auf dem Marktplatz ermuntert habe. Er hätte vielmehr beruhigend gesprochen, obwohl er Vieles vom Finanzamt wußte. **Barl.:** Auf einen Schupobeamten, der Sie gefragt hat, weshalb Sie denn die Leute überhaupt zum Finanzamt gebracht hätten, sollen Sie so heftig losgegangen sein, daß er vor Ihnen in Sicherheit gebracht wurde. — **Angell.:** Ich hatte doch die Leute nicht hergeführt. Ich gebe zu, daß ich gesagt habe: Nehmt gehen wir zum Katasteramt, wo man uns noch mehr Steuern aufmacht als beim Finanzamt, aber das tat ich nur, um die Menge vom Finanzamt wegzubekommen.

Auch die übrigen von der Anklage als Rädelsführer bezeichneten Angeklagten leugneten im großen und ganzen jegliche Schuld. Der Landwirt Kleine, dem von der Anklage im besonderen zur Last gelegt wird, daß er den Polizeiwachmeister Müller mit einem Stock zu Boden geschlagen habe, gab nur zu, daß man verschiedene Schupowachmeister noch von 1926 her von der damals abgehaltenen Demonstration in unliebsamer Erinnerung gehabt habe,

weil sie den Landwirten die Stöcke abgenommen hätten.

Er habe den Wachmeister Müller auch bei seiner Festnahme nicht mit einem Stock geschlagen. Er habe erst in Neuruppin erfahren, das ihm das zur Last gelegt werde.

Soldat Suhren.

Roman von Georg von der Bring.

Copyright 1927 by J.M. Spauth Verlag, Berlin.

Nach dem Kaffee gehen alle Rekruten aus. Die Märzsonne scheint draußen blaß auf den Exerzierplatz, den Hunderte von Soldaten kreuzen. Hinter den Wirtschaften, Militäreffengeschäften und Photographenateliers hört man das besternte Getöse vieler Hähne.

Babst geht mit Lurtjebam und Hahn ins Café Leib. Meyer hat eine Verabredung mit einem Leutnant, der mit ihm befreundet ist. Auch die anderen gehen aus, und ich bin allein im Saal. Ich sitze auf meinem geschrubbten Schemel und habe mich fertig gemacht zum Fortgehen. Wieder höre ich Glocken, wieder sehe ich den Leichenwagen um die Ecke schwanken und den Engel knien und beten. Was mag er beten? — Daß mich die Langlewelle nicht müde mache! Der Engel meiner Kindheit, fort geht er, um die Ecke. Die Glocken aber klingen weiter.

Ich fliehe vor ihnen, gehe ins Freie und komme durch Straßen, wo Menschen mit vielen Kinderwagen dahinziehen. Die Hecken sind ein wenig grün. Jemand spielt hinter einem offenen Fenster Klavier. Geranien stehen davor und duften. Ich beschließe, zu Peter zu gehen, treffe ihn aber nicht zu Hause. Ich lege mich auf sein Sofa und schließe die Augen. Später mache ich wieder auf und sehe am Ofen mein Koppel mit dem Seitengewehr hängen. Es ist sehr still. Durch das offene Fenster klingt das Aufsetzen eines Spazierstockes auf das Pflaster. Vor mir an der Wand hängt ein Bild. Es ist ein Stilleben, eine Negermaste mit dicken roten Lippen. Ich erinnere mich, daß ich sie einst gemalt habe. Aber ich verstehe dies Bild nicht mehr. Das Leiden hat uns alle gefaßt, und alles mühte jetzt anders gemacht werden: Gesichter von Menschen und Gesichtern von Tieren.

Die Tür geht auf, und Peter tritt ins Zimmer. Er sagt: „Bist du wach? Wir wollen jetzt gehen, wenn es dir recht ist.“ (Ich erinnere mich sehr deutlich, daß er sagte: wenn es dir recht ist.)

Wir besuchen eine Pension, wo Lisa hätte wohnen sollen, wenn sie zu mir gekommen wäre. Es stehen dort noch Kuchen, Apfelsinen, Trauben und Wein auf dem Tisch, die Peter damals hingeschickt hatte.

Peter und ich, wir sitzen am Tisch, essen und trinken. Ich höre ferne Glocken, und eine helle dazwischen.

Staatsanwalt gegen Zeichner.

Die Nachmittagsitzung begann mit einigen Zwischenfällen. Der Vorsitzende erklärte sich auf Grund von Vorstellungen der anwesenden Zeichner bereit, das Zeichnen im Gerichtssaal zu gestatten, sprach aber den Wunsch aus, daß Mitglieder des Gerichtshofes nicht gezeichnet werden sollten. Staatsanwalt Schachtel Borchert erklärte sich jedoch mit dieser Genehmigung des Vorsitzenden nicht einverstanden, sondern betonte ausdrücklich, daß er auf das entschiedenste gegen jede Veröffentlichung von Zeichnungen seiner Person protestieren werde.

Nachdem dann der Angeklagte, Landwirt Brandt v. Lindau, noch ausdrücklich bestritten hatte, daß er sich an den Steinwürfen auf das Katasteramt beteiligt habe, wurde der Gutsherr selber vernommen. Er machte seine Bekundungen in etwas ironischer Form und erklärte schließlich unter allgemeiner Heiterkeit auf den Anklagebänken: Wie nun die Schupo mit den Revolvern kam, da habe ich mich eben gebückt, denn ich bin ein bißchen lang. **Barl. (scharf):** Ich bitte dringend, dieses Vachgen zu unterlassen, das bei dieser traurigen Angelegenheit durchaus nicht am Platze ist. **Angell. (fortfahrend):** Und als ich dann sah, wie sie mit Steinen warfen und wie

der Adler, wollte sagen, Pleitegeier,

rumterkam, da mußte ich lachen... **Barl. (unterbrechend und sehr scharf):** Sie haben solche Ausdrücke zu unterlassen. Ich finde es sehr traurig, daß Sie bei solchen Sachen gelacht haben.

Die meisten der weiterhin vernommenen Angeklagten betonten übereinstimmend, die Rot der Landwirte sei damals so groß gewesen, daß sie es als ihre Pflicht betrachtet hätten, bei dieser Kundgebung mitzumachen. Alles wäre gut gegangen, wenn die Schupo die Massen nicht schon während der Demonstration auf dem Marktplatz in Erregung gebracht hätte, ebenso später am Finanzamt durch ihr ganzes Verhalten. Demgegenüber wies Staatsanwalt Borchert darauf hin, daß ja der Steinhagel gegen das Finanzamt auch nach dem Abrücken der Schupo polizei fortgesetzt worden wäre. Besonders Interesse erregte

die Vernehmung der einzigen angeklagten Frau,

Erna v. Nihing auf Demerthin. Sie gab an, daß noch ihrer Auffassung schon verschiedene Jurufe während der Reden auf dem Marktplatz bewiesen hätten, daß sich unter den Demonstranten Elemente befänden, die nicht zum Landbund gehörten. Später habe sie beim Landratsamt einige Male ein Klirren gehört, das wohl von Glühbirnen hergerührt habe. Aber ihr Eindruck war, daß das nur auf die Langeweile unter der Menge zurückzuführen war. „Dann habe ich das Einwerfen der Feuerstöße beim Finanzamt gesehen, aber da ich mich bisher noch nicht mit Aufruhr beschäftigt habe, wußte ich nicht, daß ich nun deshalb weglaufen mußte. Ich bin also dageblieben, auch um den Landrat sprechen zu hören.“ **Barl.:** Sie haben sich also gar nichts dabei gedacht, obgleich nicht weniger als 6000 Menschen da standen? Wenn nun 6000 Mann zu Ihnen nach Demerthin gekommen wären, wären Sie nicht auch befangen worden? **Angell.:** Ach nein, ich glaube nicht, ich hätte mir schon allein gehalten. (Heiterkeit.) **Oberstaatsanwalt:** Die Angeklagte ist ja erst zum Finanzamt gekommen, als die Schupo schon eingezogen war, also kann sie von einer vorherigen Provokation ja gar nicht sprechen. **Angell.:** Das stimmt, aber die Leute verlangten ja auch, die Schupo solle zurückgezogen werden. Natürlich wurde dabei allerhand gerufen und gestärmt, aber so ein paar tausend junge Leute können doch nicht wie ein Leichenzug marschieren. Wenn ich dageblieben bin, dann wollte ich jedenfalls nicht den anderen den Rücken stärken, sondern ich blieb, weil ich mit den anderen zusammengehörte. Als Aufruhr habe ich das nicht angesehen.

Der Guts- und Ziegeleibesitzer Schütte hatte nach seiner Bekundung an der Demonstration in Kyritz teilgenommen, obgleich er damals vorübergehend nicht Mitglied des Landbundes war und

obgleich ihn das Vorstandsmitglied Schneider aufgefordert hatte, sich zu entfernen. Um zu zeigen, daß er sich durch diese Aufforderung des Landbundes nicht abschrecken lasse, sei er dann auch an der Spitze des Zuges zum Finanzamt mitgegangen. Vor dem Finanzamt hatte der Angeklagte nun nach seiner Darstellung folgenden Vorgang beobachtet: Als die Schupo die Revolverrevolver fertig machte, griffen neben ihm zwei Demonstranten, die er für Siedler hielt, in ihre Ledermäntel, holten Pistolen heraus und luden sie mit den Worten:

„Wenn die schießen, schießen wir auch.“

R. A. Sommer: Es ist Ihnen wohl bekannt, daß hier in der Siedlung im wesentlichen Leute aus dem Ruhrgebiet untergebracht sind. Wollen Sie nicht die beiden Leute näher bezeichnen, die die Pistolen gezogen haben? **Angell.:** Nein, ich würde in den Konflikt kommen, Berufsgenossen zu verraten, und das tue ich nicht. Jedenfalls waren es keine Landbändler. Der Angeklagte Schütte bestätigte dann auch noch die Angabe eines anderen Angeklagten, daß ein Polizeibeamter zu einem Landwirt geäußert habe: „Was, ihr Klotz, daß es euch so schlecht geht, dabei raucht ihr ja noch Zigarren.“

Oberstaatsanwalt Müller erklärte zum Schluß, er vermittele in den Angaben der Angeklagten, daß sie von der Zeitung einen Befehl zum Weitermarschieren erhalten hätten. Auf nochmalige Fragen des Vorsitzenden meidete sich aber eine ganze Reihe von Angeklagten, die diesen Befehl von den Führern erhalten haben wollten, worauf der Vertreter der Anklage die Frage aufwarf, weshalb dieser Befehl nicht befolgt worden sei, und warum man ihn bisher überhaupt nicht erwähnt habe. Nach der Vernehmung des 31. Angeklagten wurde die Verhandlung auf den heutigen Mittwoch früh 9 Uhr vertagt, und zwar werden heute vor Mittag die restlichen 24 Angeklagten noch vernommen.

Insihlich des angeklagten Gemeindevorstehers Staffehl ist noch zu bemerken, daß er Mitglied des Reichstags und des Preussischen Staatsrats ist, daß er aber bis zur Hauptverhandlung von der Geltendmachung der Immunität keinen Gebrauch gemacht hat. Nach Eröffnung der Hauptverhandlung erlischt der Anspruch auf Berufung auf die Abgeordnetenimmunität.

Nicht Autorität, sondern Vertrauen.

Im Verwaltungsbezirk Treptow ist das Bezirksjugendamt bemüht, ständig in Verbindung mit der Elternschaft zu sein. Öffentliche Elternversammlungen, die das Bezirksjugendamt veranstaltet, dienen der Erörterung von Fragen des Erziehungswesens. Am Dienstag waren auch die Pfliegerkinder, denen die Stadt ihre Schählinge zur Pflege und Erziehung übergibt, zu einem Vortragsabend zusammenberufen worden.

Stadttrat Genosse Peters, der Dezentrat für das Bezirksjugendamt, bemerkte in einleitender Ansprache, man solle nicht immer nur über die Jugend klagen, sondern sich auch über richtige Behandlung der Jugend unterrichten. Gelegenheit hierzu bot der Vortrag von Dr. Meunier über „Schwierigkeiten der Erziehung“. Was da über Kinder und Eltern gesagt wurde, gilt selbstverständlich auch für Pfliegerkinder und Pfliegerkinder. Meunier stellte an die Spitze den Erfahrungssatz, daß Liebe allein noch keine Gewähr dafür bietet, ein Kind richtig erziehen zu können. Zur Liebe muß Wissen kommen, Wissen über das Wesen des Kindes, das nicht nach demselben Maßstab wie der Erwachsene beurteilt werden darf. Meunier wandte sich gegen die Betonung des Autoritätsanspruchs, den die Eltern so oft gegen ihre Kinder geltend machen. Nicht auf dem Gedanken der Autorität, sondern auf der Tatsache des Vertrauens müssen wir heute die Erziehung aufbauen. Vertrauen des Kindes zu den Eltern entsteht und wächst, wenn das Kind fühlt, daß es von den Eltern verstanden wird. Aber zum tieferen Verständnis ihres Kindes können die Eltern nur gelangen, wenn sie Wissen über Kinder erwerben. Was heute die Psychologen von den Kindern wissen, muß einmal Gemeingut aller Mütter und Väter werden. In den Jugendämtern sieht Meunier eine „pädagogische Beratungs- und Betreuungsinstitution“, bei

Peter sagt lächelnd: „Das Glück bleibt aus, weil alles nicht praktisch genug vorbereitet worden ist. Das gibt deiner Sache etwas Tragikomisches.“

Aber ich kann es nicht finden, laue auf gedörrten Trauben, und wir gehen fort.

Wir lehnen bei einem Bildhauer ein. Er ist in Artilleristenuniform und knetet an einem David herum. Der David soll Deutschland bedeuten, zuckt mir durch den Sinn. Der Bildhauer bestätigt es und zeigt uns seine beschädigten Zähne. Draußen dämmert es. Wir gehen an verlassenem Bauplätzen hin.

Überall liegt Schutt. Die Straße ist gesäubert, der Himmel leer, die Dämmerung scheint kein Ende zu nehmen. Wir essen zu Abend in irgendeiner Wirtschaft und trinken Bier dazu. An jeder Tür hängt ein Plakat: Gott strafe England. Ich reiße Peter die Hand, der lächelt und sie fest drückt. Keiner kann keinem helfen.

Draußen schwankt ich mit den Glocken in die Kaserne.

Glücklich ist, wer das vergißt.

Und nun ist alles ganz anders!

Ich sehe einen Wald, dessen Bäume sich begrünen. Mitten durch diesen Wald läuft ein schnurgerader Weg. Wir ziehen in Marschkolonnen durch den lustigen Wald, und es duftet nach verfaulendem Laub, das unsere Stiefel streifen. Rote Kaserne und blauer Waffenrock sind verunkelt, Gestank des Teufels und Geschwirr der Knospgebälde fort. Einen Dank dem lieblichen Wald, den steilen Bäumen über uns und der Sonne, die an die Stämme scheint. Ei, die zehnte Korporalschaft ist auch dabei! Wir haben uns verbessert, wir alten Klageretter. Wir tragen Feldgrau und schreiben leicht. Es ist kein Zufall da — wer denkt noch an Zufall! Sein schwarzer Bart gleicht einem Specht, der aufsteigt, so weit er will, zum Teufel. Es ist aber auch kein Klagen da, und das ist hart.

Am Ende des Waldweges ist ein Saal, in dem wir wohnen. Dort gibt es keine stinkigen Spinde, denn es ist ein richtiger Tanzsaal. „Odeon“ heißt er, das klingt wie Musik. Ein Klavier steht in der Ecke, aber bestaubt und zugeschlossen. Und die Unteroffiziere liegen auf der Bühne hinter dem Vorhang, auf dem ein rosenfarbener Himmel sich bauscht, mit Engeln, die Kolben schießen und den Popo zeigen. Da lebt der Soldat mehr als gerne.

Gewiß, eben erst sind wir wieder in der Kaserne gewesen, aber nur, um unsere Privatlochen zu holen. Wir haben dort Grünlinge beobachtet, von denen ein ganzes Sortiment angekommen ist, und es war ein Wortschmerz, sie Beinschwitzen zu sehen, als wollten sie die Welt halbieren. Besonders

Lurtjebam konnte sich nicht genügen in Ausrufen, er schrie eins ums andere: „Guck mal diesen roten Krebs an, den der Zufall an der Angel hat, und was für Stiefelaugen der macht! — Und der Bindebaum hier! Die Hosen sind ihm viel zu kurz, die Beine werden ihm schon länger gezogen werden. Ein Hauptkerl, der Zufall!“

Hahn antwortete: „Seine Hackensehnen soll er in die Versicherung geben.“

Alle lachten, aber Albring rief: „Ihr Idioten, seht euch an eure höchstgelegenen Beine, und ob ihr sie noch dran habt! Ich sah die euren vor nicht langer Zeit wie Mühlensflügel schweben, ihr blöden Sauterle!“

Einige riefen: „Selber Sauterle!“ und wir gingen die Sachen holen.

Wir schritten durch den leimenden Wald und trugen unsere Pakete. Pfeiffer bildete den Schluß und eine Reihe für sich. Er trägt seine Habseligkeiten, einen Pappkasten von der Größe einer Zigarettenschachtel, vielleicht sind zwei Taschentücher drin. Das Paketchen baumelt an seiner Hand, er schreitet hinter der Kolonne her, seine Kolbennase durchschneidet die Luft, als wandere er geraden Weges ins Paradies.

Ein Lied wird angestimmt, alle fallen ein:

In dem Wasser schwimmen Fischlein,
Die sind glücklicher als ich!
Glücklich ist, wer das vergißt,
Was nun einmal nicht zu ändern ist.“

Wir empfinden, halb schmerzlich, halb süß, daß es nötig ist, dies zu vergessen. Wir möchten ewig in der Kolonne marschieren und machtvoll singen. Unser Tritt hallt zwischen den Stämmen. Wir sind ein Biered, welches marschiert, angefüllt mit demselben Schicksal, und fühlen nur Gemeinames. Hundert Soldaten singen die gleichen Worte und die gleichen Töne.

„Bist du mich noch einmal sehn,
Ruht du nach dem Bohnhof gehn.
In den großen Wartesaal
Sehn wir, sehn wir uns zum Abschiedenmal.“

Ich denke an Lisa, aber immerfort hallt mir Kay Pfeiffers Stimme um die Ohren. Er singt total falsch und bald laut, bald leise. Bei den hohen Tönen setzt ein Knirschen ein, als ob ihm ein Weisheitszahn gezogen würde. Auch er gehört zu dem marschierenden Biered und ebenso sehr wie irgendeiner. Er ist ein Offizier der Einsicht, und macht er nicht den Anfang, so macht er den Schluß.

(Fortsetzung folgt.)

Der die Eltern in Erziehungsangelegenheiten sich Hilfe holen sollen. Dem Eltern mit Rat zu helfen, sei selbstverständlich auch Aufgabe der Schule. Aber in vielen Fällen könne man das Jugendamt für geeigneter zu solchem Beistand halten. Des Rats bedarf manche Mutter und mancher Vater besonders dann, wenn das Kind in die geschlechtliche Bewusstheit hineinzumachen beginnt. In keinem Punkt ist die Gefahr, das Vertrauen des Kindes einzubüßen, so groß wie hier. In den Schlussausführungen betonte Kemnade, daß Erziehung eine Angelegenheit der Lebensführung der Eltern ist. Wenn das Leben der Eltern unter wacher Selbstkritik steht, ist die Erziehung des Kindes leichter. Dann braucht auch niemand sich um seine Autorität zu sorgen. Niemand hat weniger Autorität als die Eltern, die immer mit Anweisungen und Befehlen, mit Mahnungen und Drohungen, mit Scheltworten und Schlägen eingreifen zu sollen glauben.

Nach einer Aussprache über den Vortrag schloß Stadtrat Peters die Veranstaltung mit einem Hinweis auf die Sprechstunden, in denen Fürsorgefrauen des Bezirksjugendamtes den Eltern erzieherischen Rat geben.

Flugzeugabsturz in Staaken. Brennend in die Tiefe. Der Pilot getötet.

In Staaken ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Flugzeugunglück. Ueber der Staaken Heide stürzte das Kleinflugzeug D 813 brennend in die Tiefe. Der Pilot, ein ostpreussischer Landwirt, wurde als Leiche aus den Trümmern gezogen.

Kurz nach 14 Uhr wurde von Einwohnern über der Staaken Heide in beträchtlicher Höhe ein Kleinflugzeug gesichtet. Der Apparat flog mehrere Schleifen, offenbar um einen geeigneten Landungsplatz zu suchen. Plötzlich schoß aus dem vorderen Teil des Flugzeuges eine mächtige Stachlflamme hervor. Im selben Augenblick neigte sich die Spitze nach unten, und das Flugzeug sank, in eine Flammengarbe gehüllt, mit ungeheurer Geschwindigkeit in die Tiefe. Am alten Döberinger Weg stürzte der brennende Apparat in die Staaken Heide, wo er bei dem Anprall auf dem Erdboden in Trümmer ging und verbrannte. Der Flugzeugführer war bis zur Unkenntlichkeit verkohlt. Trotzdem gelang es der Kriminalpolizei nach kurzer Zeit, die Personalien des Verunglückten zu ermitteln. Es handelt sich um den Landwirt und Sportflieger Rolf Kramer aus Hasenburg in Ostpreußen, der sich, wie man vorläufig annimmt, mit seinem Flugzeug auf dem Wege nach Berlin befand, um die „Aia“ am Kaiserdamm zu besuchen. Das zerstörte Flugzeug war ein Flamingo-Typ der Deutschen Luftfahrt-Gesellschaft m. b. H.

Die Ursache des Absturzes konnte noch nicht geklärt werden. Man vermutet einen Vergaserbrand, der vielleicht eine Explosion des Benzintankes zur Folge hatte.

Der Autoruf heute Nacht eingestellt! Noch keine Verhandlungsaussichten.

Nachdem gestern die Sperrfrist, die der Oberpräsident in Rücksicht auf die Angelegenheit der Autoruf-A. G. festgesetzt hatte, abgelaufen ist, ist in der Nacht um 12 Uhr, wie angekündigt, die Stilllegung dieser Einrichtung Tatsache geworden. Die Frage, was nun aus dem Autoruf werden soll, vor allem, ob die Stadt möglicherweise die Anlage selbst übernehmen oder in Form einer gemeinwirtschaftlichen öffentlichen Gesellschaft reorganisieren wird, steht zurzeit noch völlig offen. Trotzdem sowohl das Ministerium des Innern und das Oberpräsidium mit der Frage der Erhaltung der Autorufanlage befaßt wurde, ist von keiner Seite ein Eingreifen mit positivem Erfolg veranschlagt worden. Das Oberpräsidium hat Dienstag früh nur der Gesellschaft mitgeteilt, daß der Magistrat sich nach jeder Auskunft zurzeit zu keinen Verhandlungen veranlassen sehe. Trotz des ungewissen Schicksals der Autorufanlage sind in den letzten Tagen noch täglich 1000 bis 1500 Wagenbestellungen erfolgt, ein Beweis dafür, daß die Einrichtung bei Veränderung der Organisation durchaus ausbaufähig und rentabel sein kann.

Betrogene Arbeitslose.

Einem Kautionschwindler in die Hände gefallen.

Ein alter Kautionschwindler hat in den letzten Tagen wieder im Südosten Berlins eine ertragreiche Gastrolle gegeben. Der Betrüger hatte es besonders auf Stellungslose angestellt abgefahren, denen er die letzten Ersparnisse abnahm. Vor etwa acht Tagen miethete ein Mann unter dem Namen Jaensch in der Sebastianstraße 17 ein Zimmer. Er erzählte, daß er eine große Elektrohandlung betriebe und machte bekannt, daß er mehrere Leute als Inkassovertreter suche. Mit der Stellung sei aber eine „kleine“ Kautionsverknüpfung. Das ganze Bureau der „Jaensch-Elektrohandlung“ bestand aus einem Federhalter und einem kleinen Gummistempel. Es meldeten sich bald eine ganze Reihe von Bewerbern, die gern ihr Leihes hingaben, nur um endlich wieder zu einer Beschäftigung zu kommen. Der Herr „Elektrovertreter“ nahm jedem die Papiere ab, verlangte gleich Bürgschaften von 50 bis 150 M. und bestellte zum vergangenen Sonnabend die Bewerber zum endgültigen Abschluß des Vertrags und zum Eintritt des Postens. Alle kamen aber vor eine verschlossene Tür, Herr Jaensch war bereits am Freitag abgereist. Die Beamten der Kriminalpolizei ermittelten bald einen Herrn Jaensch. Es war aber nicht der Schwindler. Dieser hatte vielmehr keinen Namen und keine Stellung kennen gelernt, als er bei einer Elektrofirma als Generalvertreter tätig war. Die Kenntnis hatte der Bursche dann geschickt zu den Schwindelbellen ausgenutzt. Eine übereinstimmende genaue Personalbeschreibung führte bald auf die Spur des nützlichen Gauners. Es ist ein gewisser Hans Kall, der der Kriminalpolizei als Spezialist auf diesem Gebiete schon lange bekannt ist. Mit dem Gelde hat der Betrüger auch die Papiere der Bewerber mitgenommen.

Ein Zeuge vor Gericht erschossen.

Schmuggler schießen im Gerichtssaal und entkommen.

New York, 23. Oktober.

In Chicago drangen Mitglieder einer Schmugglerbande in den Gerichtssaal ein und schossen einen Prohibitionsagenten, der als Zeuge vernommen wurde, nieder. Der Agent brach vor dem Richterstuhl zusammen. Die Schmuggler entkamen.

Töblicher Fahrstuhlunfall.

In den Bergmann-Elektrozugwerken in der Eisenwalder Straße im Norden Berlins ereignete sich gestern nachmittag ein schweres Fahrstuhlunfall. Der 42jährige Schmied Max Fiedler aus der Eisenwalder Straße 16 wollte am Fahrstuhl eine Kontrolle vornehmen. Der Aufzug setzte sich aber plötzlich in Bewegung und Fiedler geriet mit dem Kopf zwischen ein Querverbindungsstück der Gleitbahn und dem nach unten gleitenden Gegengewicht. Als man den Verunglückten aus seiner furchtbaren Lage befreite, war der Tod bereits eingetreten. Die Leiche wurde polizeilich beschlagnahmt.

Der Primanerprozeß.

Eine sensationelle Erklärung des Staatsanwalts.

Nach der Mittagspause gab Staatsanwalt Rosenbaum im Hasmann-Prozeß eine Erklärung ab, die außerordentlich sensationell wirkte. Zum Verständnis dieser Erklärung muß folgendes vorausgeschickt werden:

Im Verlauf der Voruntersuchung gegen Hasmann hat man eine Spur verfolgt gegen einen Schlächtergesellen Ostendorf, der der mutmaßliche Mörder Daubes sein sollte. Ostendorf, der als homosexuell bekannt ist, hat sich dann eines Tages erschossen und kurz vor seinem Tode geäußert, daß der Schuldner des Gymnasiums in Gladbeck, Neumochner, an allem Schuld sei. Dieser Neumochner ist gleichfalls als ein homosexueller festgestellt und rechtskräftig verurteilt worden wegen Vergehens gegen § 175. Die Erklärung des Staatsanwalts Rosenbaum bezieht sich auf den seinerzeit verdächtigsten Ostendorf und lautet folgendermaßen: „Vorgefunden am 1. Oktober 1926 in der Postzeit in Groß-Reken angetroffen worden. Ein Onkel des Ostendorf, der Schmiedemeister Theodor Uphas, hat mitgeteilt, daß Ostendorf 14 Tage, bevor er sich erschoss, ihm erklärt habe, er sei in der Mordnacht mit Hasmann und Daube zusammengekommen. Dazu sei noch zu bemerken, daß der Zeuge Raesfeld im Vorverfahren mit aller Bestimmtheit erklärt habe, daß er in der fraglichen Nacht Daube mit zwei anderen Personen gesehen habe. Ich bitte, den Onkel des Ostendorf, den Schmiedemeister Uphas, als Zeugen zu loben.“

Der Verteidiger wandte sich gegen diesen Antrag, indem er hervorhob, daß Ostendorf mit dem Fall Daube nicht im Zusammenhang stehen könne. Staatsanwalt Rosenbaum: Das Motiv zu Ostendorfs Selbstmord ist nicht geklärt. Nachdem jetzt Uphas diese Erklärung abgegeben hat, müssen wir ihn vernehmen. Das Gericht beschloß, Uphas übermorgen um 9 Uhr zu vernehmen.

Sobann wurde Frau Daube, die Mutter des Ermordeten, als Zeugin vorgeladen. Sie gab sehr eingehende Befundungen über den Charakter ihres Sohnes ab. Er sei ein stark gefühlsmäßig veranlagter Mensch gewesen, sehr wahrheitsliebend und übergemüthlich. Dem Bibelkreis habe er längere Zeit angehört, denn er sei auch sehr religiös veranlagt gewesen. Frau Daube erklärte, daß ihr Sohn ihr alles anvertraut habe. Mit Ilse Kleiböhmer, der Pflegschwester des Angeklagten, habe ihn eine innige, warme Jugendfreundschaft verbunden, die von ihr sehr gern gesehen wurde. Borj.: Was haben Sie über seinen Umgang mit Mädchen beobachtet? Zeugin: Er hat Ilse Kleiböhmer aufs tiefste verehrt. Ich habe mich gefreut, daß seine junge, reine Knabenliebe gerade zu diesem hochbegabten, guten Mädchen hielt. Ich konnte mir keine Bessere als Tochter wünschen.

Den Angeklagten belästigte die Zeugin.

Indem sie erklärte, er sei es gewesen, der die Freundschaft zwischen ihrem Sohn und Ilse hintertrieben habe. Als Belästigung für den Angeklagten schilderte Frau Daube nach einem Vorfall aus der Sommerfrische, wo der Angeklagte mit ihrem Sohn gegangen habe und wobei schließlich Helmut Daube unterlegen sei, und von dem Angeklagten so fest auf den Boden gedrückt worden sei, daß er sich nicht rühren konnte. Dabei habe der Angeklagte einen furchtbar grimmigen Gesichtsausdruck gezeigt. Frau Daube machte zum Schluß ihrer Vernehmung auf eine Frage des Vorsitzenden eine überraschende Bekundung. Hasmann habe in der Sommerfrische in Bichel, wo er zum Besuch der Familie

Daube weilte, sich einmal direkt an ein Mädchen herangedrängt, um es kennen zu lernen. Die Zeugin erklärte das als Entgegnung auf den Vorwurf Hasmanns, Helmut Daube habe sich öfters mit Mädchen angefreundet. Dadurch wurde natürlich der Verdacht auf anormale Reigungen des Angeklagten stark eingeschränkt. Der nächste Zeuge war Rektor Daube, der über das Verhältnis seines Sohnes zum Angeklagten auslegte und dabei erklärte, daß wohl Hasmann glauben konnte, daß Daube sein bester Freund sei. Der Ermordete aber würde wohl die gleiche Frage etwas anders beantwortet haben.

Sobann wurde die Pflegschwester des Angeklagten,

die 19jährige Ilse Kleiböhmer als Zeugin

aufgerufen und muß den Zeugeneid leisten. Ueber die Mordnacht konnte sie keinerlei Befundungen machen. Borj.: Wie benahm sich Karl Hasmann am Tage nach der Tat? Zeugin: Ich sah ihn, als er nach Hause kam. Er erzählte uns, daß er verdächtig würde und versicherte uns, daß er es nicht getan habe. Wir glaubten ihm. Borj.: Ging ihm der Tod seines Freundes nicht nahe? Zeugin: Doch, aber das zeigte er nicht so. Borj.: Daß er ein Messer hat, wissen Sie doch? Zeugin: Jawohl. Borj.: Haben Sie Beobachtungen über die Freundschaft zwischen Helmut und Karl gemacht? Zeugin: Das war ein Verhältnis, wie ich es mir immer zwischen jungen Leuten denke. Borj.: Also besonders herzlich? Zeugin: Wie gewöhnlich. Borj.: Wissen Sie, wie es mit dem Nachhausebegleiten war? Zeugin: Ja. Helmut hat Karl oft nach Hause gebracht. Borj.: Wie waren Ihre Beziehungen zu Helmut Daube? Die Zeugin schildert nun, daß sie den Ermordeten in der Tanzstunde kennen gelernt habe. Es entwickelte sich eine freundschaftliche Kameradschaft. Anfang 1926 löste sie die Verbindung mit Hasmann aus religiösen Gründen. Man sagte ihr im Bibelkreis, daß ein christliches Mädchen keine Freunde haben dürfe, wenn sie weiter dem Bibelkreis angehören wolle. Borj.: Hat Hasmann die Veranlassung zu dem Bruch gegeben? Zeugin: Nein, das geschah aus freiem Entschluß. Ich habe aber nachher mit Karl darüber gesprochen. Borj.: Hat er abfällige Äußerungen über Helmut Daube gemacht? Zeugin: Nein, er hat ihn nie schlecht gemacht. Borj.: Wie war das mit der Rache am 19. März? Zeugin: Ich weiß, daß verschiedene Rachen im Gatten getötet wurden, weil sie dem Vogelbestand schaden, so auch am 19. März. Borj.: Hatte Karl besondere Freude daran, Rachen zu töten? Zeugin: Nein, es war aber notwendig, weil sie Schaden anrichteten. Staatsanwalt Rosenbaum: Wie erklären Sie es sich, daß die Eltern Daubes sagen, Karl Hasmann habe immer gegest, um sie auseinander zu bringen. Zeugin: Das kann nur daraus entstanden sein, daß Helmut eifersüchtig war, wie manche anderen jungen Leute und weil ich die Freundschaft abbrach. Borj.: Sie glauben also, daß Helmut Daube seinen Eltern etwas erzählt hat, was nicht richtig war? Zeugin: Er kann es sich eingebildet haben. Staatsanwalt: So etwas bildet man sich doch nicht ein. Zeugin: O doch, o doch. Meinen Eltern gegenüber hat Karl Helmut Daube sogar immer verteidigt. Und sie schilderte einen entsprechenden Vorgang.

Zum Schluß wurde Fräulein Ilse Bluemler über eine harmlose Schulfreundschaft mit Helmut Daube vernommen. Auch sie erklärte, daß Hasmann nie schlecht über Daube gesprochen habe. Hierauf wurde die Verhandlung auf Mittwoch vertagt.

Rot-Front-Helden. Sie gingen nur „spazieren“.

Drei Kommunisten, die zu dem Stoßtrupp des RFB gehörten, der in der Nacht vor der Wahl am 20. Mai über die Reibelkolonnen der Partei und des Reichsbanners herfielen, hielten sich vor dem Landgericht Reutal zu verantworten. Sie standen unter der Anklage des Landfriedensbruchs und waren beschuldigt, besonders aktiv an diesen Ueberfällen beteiligt gewesen zu sein.

Selbstverständlich gaben alle drei bei ihrer Vernehmung durch den Landgerichtsdirektor Braune an, daß sie — (nach Ludendorffs Vorbild) nachts um 1/4 Uhr — „spazieren gegangen“ und ganz zufällig in die Bannerstraße gekommen wären, wo Reichsbannerleute niedergeschlagen wurden. Als die Polizei kam, seien sie zwar geflüchtet, aber nur, weil sie nicht „unschuldig“ verhaftet werden wollten. Die Vernehmung der Zeugen, besonders der damals verlegten Reichsbannerkameraden, ergab aber, daß die Angeklagten zu denen gehörten, die auf die Reichsbannerleute einschlugen. Diese Ueberfalltruppe, die 30 Mann stark war, durchstreifte in der Wahlnacht die Reutalener Straßen und schlug auf jeden ein, der Plakate kleben wollte. Um 12 Uhr nachts trafen sie in der Bannerstraße eine Reichsbanner-Reibelkolonne von acht Mann, die niedergeschlagen wurde. Nach dieser „Heldentat“ zogen sie weiter und trafen nachts um 1/4 Uhr in der Weichselstraße auf eine zweite Kolonne, die gleichfalls angefallen wurde. Bei diesen beiden Ueberfällen wurden damals eine Reihe von Reichsbannerkameraden mehr oder minder schwer verletzt. Auf Grund der Zeugenaussagen ergibt der Angeklagte Kleimath, der erst 18 Jahre alt ist, und bereits wegen Körperverletzung vorbestraft ist, 6 Monate Gefängnis mit dreijähriger Bewährungsfrist und 100 Mark Geldstrafe. Die beiden

anderen mußten aus Mangel an Beweisen freigesprochen werden. Kleimath, der sich durch besondere Keuschheit bei den Ueberfällen „ausgezeichnet“ hatte, mußte übrigens vor Gericht um Gnade. Ein Held, auf den „Rot-Front“ stolz sein kann!

Der Richter führte in seiner Urteilsbegründung aus, daß man hier ja nicht die eigentlichen Schuldigen bestraft, sondern daß die Urheber dieser traurigen Vorgänge ja leider so anders zu suchen sind. Das Urteil ist deshalb so milde ausgefallen, weil man zunächst Rücksicht auf die Jugend der Angeklagten genommen hat und die Angeklagten schließlich nur die Opfer einer politischen Hege sind. Sie hätten ohne jede Ueberlegung sich zu diesen traurigen Vorgängen hinreichend lassen.

Den Freitod gewählt hat infolge eines langjährigen nervösen Leidens unsere Genossin Hekhschold, die Frau des Stadtordeordneten und Bezirksleiters im Rohrungsmittel- und Getränkearbeiterverbandes, Genossen Hayschold. Wir sprechen unserem schwer geprüften Genossen und seinen Familienangehörigen unser aufrichtiges Beileid aus. Die Einäscherung findet Freitag, 18 1/2 Uhr, im Krematorium Gerichtstraße statt.

Der Magdeburger Mord. Geständnis der Täter.

Magdeburg, 23. Oktober.

Die Pressestelle des Polizeipräsidenten meldet zu der Mordtatsache Lüthmann, daß die gestern festgenommenen Personen heute früh ein volles Geständnis abgelegt haben. Täter sind demnach der 23jährige Willi Spöhr, der 19jährige Kurt Haberland und der 36 Jahre alte Wilhelm Hauschmann. Die Tat hat sich in folgender Weise abgespielt: Am vergangenen Sonnabend abend stiegen Spöhr und Haberland durch das hintere offene Fenster in die Schlafstube der Wohnung der Frau Lüthmann ein und verdeckten sich. Als nach einer halben Stunde Frau Lüthmann das Zimmer betrat, schlug ihr Haberland ein Tuch um den Kopf. Er und Spöhr festelten und inbettelten die Frau und deckten sie mit Tüchern und Betten zu. Dann raubten sie, was mitzunehmen war: an Geld wurden mehrere hundert Mark mitgenommen. Witten in der Arbeit wurden sie durch Klopfen an der Ledentür gestört und ergriffen die Flucht. Das Bargeld wurde am nächsten Tage auf einer Kneipstour verpraßt. Die Tat war schon zweimal versucht worden, doch mißglückten die Versuche.

Keine Spur von Johann Heidger.

Köln, 23. Oktober.

Der Häuser- und Gartenkomplex, in den sich der Raubmörder Johann Heidger geflüchtet hatte, wird noch immer durchsucht, doch hat man keine Spur von dem Verbrecher gefunden. Bei der Verfolgung wurden vier Personen durch die Schüsse der Verbrecher verwundet, der Gärtner Peters aus Köln erhielt einen Oberschenkel- und einen Bauchschuß und schwabte in Lebensgefahr. Bei den anderen Verwundeten handelt es sich um Polizeibeamte, von denen einer durch einen Kopfschuß und Darmschuß schwer, die anderen leichter verletzt wurden.

STAATL. FACHINGEN
Für die Gesundheit!
Fachinger Versandstelle, Berlin SW II
Schöneberger Str. 16a. Tel. Lützow 5260-61

Deutschland — Polen.

Ist eine Verständigung möglich?

Die Regelung der deutsch-polnischen Handelsbeziehungen, die wieder einmal ins Stocken geraten ist, gestaltet sich deshalb äußerst schwer, weil man die politische Atmosphäre zwischen Deutschland und Polen bisher noch immer nicht bereinigen und von Mißtrauen befreien konnte. So gaben z. B. die letzten politischen Mißerfolge Polens in Genf und Paris, wo seine Bemühungen gegen die Rheinlandräumung scharfe Abweisung fanden, ohne Zweifel den polnischen Chauvinisten neuen Anlaß, die Einigung auf wirtschaftlichem Gebiet zu erschweren. Dabei darf man aber nicht übersehen, daß einer wirtschaftlichen Verständigung auch große sachliche Gegensätze im Wege stehen. Die Schwierigkeiten konzentrieren sich in der Frage der polnischen Agrareinfuhr, insbesondere in der Frage der

Einfuhr polnischer Schweine

nach Deutschland. Dem deutschen Delegationsführer Dr. Hermes ist es offenbar nicht gelungen, zwischen dem polnischen Exportinteresse und den Interessen der deutschen Landwirtschaft einen Ausgleich zu schaffen, trotzdem ein solcher Ausgleich, guten Willen auf beiden Seiten vorausgesetzt, möglich erscheint.

Gegen die polnische Schweineinfuhr wendet sich in Deutschland die Großlandwirtschaft. Die deutschen Großagrarier behaupten, daß bei einer Öffnung der Grenze die deutschen Viehmärkte mit polnischen Schweinen überflutet würden. Man beruft sich auf die billigere Schweinefleisch in Polen und weist darauf hin, daß ein gesteigertes Angebot von polnischen Schweinen die Schweinepreise in Deutschland bis zur Unrentabilität der Aufzucht drücken müßte. Diese Agitation übersieht aber, daß Deutschland nicht das einzige Absatzgebiet für polnisches Vieh ist. So besteuert Polen die Märkte in Oesterreich und in der Tschechoslowakei mit sehr erheblichen Mengen. Wie die Güterverkehrsstatistik zeigt, kommen für Exportlieferungen in erster Linie die Südosstgebiete Polens in Frage. Diese Ueberschußgebiete fallen aber schon aus sprachlichen Gründen für eine Belieferung Deutschlands aus. Selbst die von Deutschland an Polen abgetretenen Gebiete werden bei freier Vieheinfuhr nach Deutschland nicht ihre ganzen Ueberschüsse nach Deutschland absetzen können. In den großen Verbrauchszentren Warschau und Lodz liegen nämlich die Schweinepreise nach den amtlichen Notierungen erheblich über den niedrigen polnischen Preisen und, wenn man Zoll und Fracht in Anrechnung bringt, auch kaum unter den Berliner Notierungen. Deshalb ist der Versand nach den großen polnischen Plätzen für die westpolnischen Schweinezüchter immer lohnend. Auf Grund dieser Sachlage erscheinen die

Befürchtungen einer Ueberschwemmung

Deutschlands mit polnischen Schweinen und eines Preissturzes in Deutschland durchaus unbegründet.

Die polnischen Unterhändler haben sich nun in der letzten Verhandlungsphase auf den Standpunkt gestellt, daß Deutschland ohnehin in Rücksicht auf die Genfer Konvention über Abschaffung der Ein- und Ausfuhrverbote seine Einfuhrverbote für Rohle, Schweine und Fleisch, um die sich nun seit 3½ Jahren Politik und Verhandlungen drehen, aufheben müsse, und daß Polen dafür keine Zollzugeständnisse zu machen brauche. So kann man natürlich keine Regelung erzielen. Auch

einfuhr stehen nicht nur handelspolitische Hemmungen, sondern auch veterinärpolizeiliche Schwierigkeiten gegenüber. Es ist ganz selbstverständlich, daß die deutsche Schweinezucht gegen die

Einschleppung von Viehseuchen

geschützt wird, wobei jedoch Voraussetzung ist, daß man die Veterinärgefehrgebung nicht schikanös anwendet. Man soll hier aus der Geschichte lernen: die schikanöse Handhabung der Veterinärvorschriften im alten Oesterreich-Ungarn gegen Serbien war der Anlaß des serbisch-österreichischen Konflikts, der den Weltkrieg einleitete. Die



Lafache allein, daß schon einmal Veterinärgefehr in der größten Welttragödie eine verhängnisvolle Rolle spielten, die einfache Feststellung, daß die Schikanen gegen die serbischen Schweine am Weltkrieg schuld sind, müßten gegen eine Ueberspannung der Sicherheitsmaßnahmen abbrechend wirken. Andererseits muß Polen den notwendigen deutschen Ansprüchen genügen und Verbesserungen in der Seucheüberwachung vornehmen. Dann wird auch mit Polen ein Veterinärabkommen, wie es bereits durch Deutschland mit Oesterreich und Rußland abgeschlossen ist, möglich sein. Endgültig werden freilich die Veterinärfragen nur durch internationale Vereinbarungen zu regeln sein.

Bei der Kohlenfrage geht es um Polen darf nicht übersehen werden, daß die Einfuhr- und Ausfuhrregelung für Kohle Bestandteil der deutschen inneren Kohlenwirtschaftsgefehrgebung ist. Der Reichskohlenrat regelt die deutsche Kohlenwirtschaft einschließlich Ein- und Ausfuhr nach gemeinwirtschaftlichen Gesichtspunkten. Gerade wer wie wir einen Ausbau der Kohlengemeinwirtschaft erstrebt, wird nicht ohne weiteres die Aufgabe der staatlichen Einfuhrregelung gutheißen können. Das braucht aber keine Hemmung für eine deutsch-polnische Wirtschaftsverständigung zu sein. Praktisch wird ja durch Deutschland die Einfuhrerlaubnis z. B. gegen englische Kohle sehr liberal gehandhabt und auch Polen wird im Rahmen eines

tragbaren Kohlenkontingents

sein Exportbedürfnis befriedigen können. Die Frage der Schweine- und Kohleneinfuhr bietet also Möglichkeit einer entgegenkommenden Lösung, falls Polen eine solche mit Zollzugeständnissen für den deutschen Fertigwareneport quittiert.

Für eine Verständigung liegt auf beiden Seiten wirtschaftlicher Zwang vor. Durch die polnische Zollhoheisierung vom März 1928 ist fast der ganze deutsche Export nach Polen betroffen worden. Der polnische Zolltarif dürfte gegenwärtig die deutschen Einfuhrwaren mit etwa 30 Proz. belasten. Trotzdem konnte Deutschland seinen Export nach Polen gegenüber der ersten Weltkriegszeit fast verdreifachen. An der polnischen Ein- und Ausfuhr ist Deutschland im ersten Vierteljahr 1928 mit ungefähr 30 Proz. beteiligt und rangiert damit an der Spitze. Darin zeigt sich die

wirtschaftliche Verbundenheit

der beiden Länder. Allen politischen Quertreibereien haben und drüben und dem Wirtschaftsegoismus einzelner Produzenten-schichten zum Trotz muß sich eine ehrliche Verständigung und die Ueberwindung der augenblicklichen Verhandlungsstockung finden lassen. Voraussetzung ist jedoch, daß der ehrliche Verständigungswille der jetzigen deutschen Regierung von den Verständigungspolitikern Polens hinreichend unterstützt wird.

Auch Bilanz und Geschäftsbericht der Zubiag zeigen, daß der Braunkohlenbergbau in Mitteldeutschland trotz der Lohnerhöhungen sich weiterhin glänzend rentiert. Im Gegenteil, die Konjunktur im deutschen Braunkohlenbergbau, die seit dem englischen Kohlenstreik im Sommer 1926 das ganze Jahr 1927 über anhält, hat sich in den ersten neun Monaten dieses Jahres weiterhin bedeutend verstärkt. So erhöhte sich die Kohlenförderung bei der Zubiag seit 1924/25 von 3,5 auf 4,7 Mill. Tonnen 1926/27 und stieg im letzten Jahr um weitere 13,5 Proz. auf über 5,4 Mill. Tonnen. Auch die Brikketterzeugung hat sich im letzten Jahr weiterhin um 10,4 Proz. auf 1,77 Mill. Tonnen erhöht. Zugleich mit einem um 34,6 Proz. gewachsenen Stromabfah (49,5 Millionen Kilowattstunden) weisen sämtliche Nebenproduktionszweige erhöhte Produktionsziffern auf. Gegenüber dem unauffälligen Anwachsen der Kohlenförderung und Brikketterzeugung seit 1924 ging die Zahl der Belegschaften seit 1924 von 4254 auf 3525 im letzten Jahr zurück. Sie stieg dann auf 3904 und gegen Ende des Geschäftsjahres im Juni bis auf 4202. Also auch die höchste Witter, die erst im letzten Monat des Geschäftsjahres 1927/28 erreicht wurde, liegt noch unter den Belegschaftsziffern von 1924, so daß sich daraus allein in den Abbaubetrieben und in den Brikketterwerken eine Leistungsförderung je Kopf der Belegschaft von rund 55 Proz. ergibt.

Den günstigen Förder- und Abfahziffern entsprechend, haben sich die Rohgewinne der Gesellschaft von 7,0 auf 8,0 Mill. erhöht. Bei fast gleichen Unkosten und unwesentlichen gestiegenen Steuern und Abgaben wurden die schon im vorigen Jahr um eine halbe Million heraufgeschraubten Abschreibungen auf die Werksanlagen von 2,75 auf 3,5 Mill. erneut erhöht, so daß der ausgewiesene Reingewinn von 2,49 Millionen Mark den des Vorjahres nur wenig übersteigt. Wie in den beiden letzten Jahren wird auch jetzt wieder eine Dividende von 10 Proz. verteilt. Ueber welche immensen Betriebsmittel diese Gesellschaft verfügt, geht daraus hervor, daß sie auch im letzten Jahr über 5,5 Mill. neu in die Anlagen gesteckt hat, für deren Ausbau im Vorjahr rund 7 Mill. aufgewendet wurden. In beiden Jahren hat das Unternehmen diese Riesensumme „über Betrieb“ aus laufenden Gewinnen, also ohne fremde Kredite bezahlt. In der Brikketterfabrikation ist im laufenden Betriebsjahr mit einer weiteren bedeutenden Leistungssteigerung zu rechnen, da die groß ausgebaute Brikketterfabrik Emanuel, die jetzt mit einer Tagesproduktion von 3200 Tonnen eine der größten deutschen Brikketterfabriken ist, erst gegen Ende des Geschäftsjahres in Betrieb genommen wurde.

Rückgang der Walzwerkerzeugung im September. Wie der Verein Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller in seiner Zeitschrift „Stahl und Eisen“ mitteilt, ist im September die Erzeugung der deutschen Walzwerke von 1,06 auf 0,94 Millionen Tonnen zurückgegangen. Dies würde einer Verminderung um 10,5 Proz. entsprechen. Da jedoch der September nur 25 Arbeitstage gegen 27 im August hat, beträgt der arbeitstägliche Rückgang der Produktion etwa 3,4 Proz.

Stahlwerke Pirna zahlungsunfähig. Das Stahlwerk Pirna Gebr. Hunger ist in finanzielle Schwierigkeiten geraten und hat seine Zahlungen eingestellt. Das Werk, das zurecht etwa 600 Arbeiter und Angestellte beschäftigt, hat auch seine Betriebe schließen müssen. Die Schulden sollen sich auf etwa 2 bis 3 Millionen belaufen, die hauptsächlich Kredite der Allgemeinen Kreditanstalt, Leipzig, betreffen. Von unterrichteter Seite hören wir über die Gründe des Zusammenbruchs, daß dieses wegen seiner Qualitätserzeugung bekannte Stahlwerk an sein Kartell gebunden war und auch bisher seine Selbstständigkeit gegenüber den großen Stahlkonzernen bewahren konnte. Die Annahme liegt daher nahe, daß das Werk durch Wachschaften kapitalstarker schwerindustrieller Kreise in diese Notlage gekommen ist, die sich damit einen unangenehmen Außenleiter vom Halse schaffen wollten. Es sind bereits Verhandlungen mit der schlesischen Regierung aufgenommen worden, die eine Fortführung des Werkes zum Gegenstand haben.

Hohe Gewinne im westdeutschen Waggonbau. Die im letzten Jahr vorgenommene Sanierung der Düsseldorf Waggonfabrik Gebr. Schöndorff hat sich im Laufe des Geschäftsjahres 1927/28 erfolgreich ausgewirkt. Die Gesellschaft, die ihr Aktienkapital ziemlich stark im Verhältnis 5:2 auf 1,44 Millionen zusammenlegte und aus dem daraus erzielten Buchgewinn von 2,16 Millionen nicht nur den Vorjahresverlust von mehr als 800 000 M. tilgte, sondern auch aus dem Rest des Sanierungsgewinnes entsprechend hohe Abschreibungen vornehmen konnte, hat im letzten Jahre ihren Verlust in einen Reingewinn von fast 300 000 M. verwandelt können, von dem 8 Proz. Dividende verteilt werden. Der Bericht über das laufende Geschäftsjahr lautet sehr günstig. Insbesondere werden die Ausichten für die Hochabteilungs- und Metallwarenabteilung sehr zuversichtlich beurteilt. Die Abteilung Waggonbau ist durch Reichsbahn- und Privataufträge bis Mitte 1929 voll beschäftigt. Die im Geschäftsbericht der Gesellschaft geführte Klage über die Systemlosigkeit der Reichsbahnaufträge erscheint berechtigt. Während das Unternehmen im letzten Quartal 1927 durch die kurzfristig erteilten großen Waggonaufträge der Reichsbahn gezwungen war, im Waggonbetrieb mit Hochdruck zu arbeiten und inzulassen auch die Zahl der Belegschaften zu erhöhen, wurde es durch die überhöhten Streckungsmaßnahmen der Reichsbahnverwaltung gezwungen, den zu äußerster Leistungsfähigkeit ausgezogenen Betrieb ganz erheblich abzubauen. Es wäre in der Tat erwünscht, daß die Reichsbahnverwaltung ihren Einkauf so durchorganisiert, daß derartig scharfe Uebergänge vom Hochbetrieb zur Winderbeschäftigung vermieden werden.

Aus der Partei.

Reichstagung der Jungsozialisten.

Die Jungsozialisten hielten in Berlin eine Reichstagung ab, an der die Reichsleitung mit dem Reichsausschuß der Jungsozialisten teilnahmen. Im Mittelpunkt stand ein Referat des Genossen Alexander Stein, Berlin, über „Die Jungsozialisten in der Kulturarbeit“. Der Referent betonte, daß unser proletarisches Bildungsziel sich nach der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus und an der geschichtlichen Vergangenheit der Arbeiterklasse zu orientieren haben. Die Erfahrungen der letzten Jahrzehnte haben eindringlich bewiesen, daß das Bürgertum verstanden hat, neben der Behauptung seiner wirtschaftlichen Vormachtstellung seine Herrschaft auch in den Köpfen und Herzen der Arbeiterschaft aufzurichten. Die herrschenden Ideen sind auch heute noch die Ideen der herrschenden Klasse. Die Enttötung eines proletarischen Klassenbewusstseins hinter den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Erfordernissen der Zeit her. Daraus ergibt sich die dringende Notwendigkeit, intensive Bildungsarbeit zu treiben.

das Bildungsmonopol der Besitzenden zu brechen.

Die Aufgaben unserer Kulturarbeit lassen sich in vier Punkte zusammenfassen. Unser Bestreben muß sein: 1. für bessere intellektuelle Ausrüstung der von uns erfassten Arbeiterschaft zu sorgen; 2. eine stärkere Beeinflussung der Massen anzustreben; 3. die proletarische Ideologie in Einklang zu bringen mit den neuen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Lebensformen und 4. die Pflege eines neuen Gemeinheitsgefühls durch Vertiefung der bereits instinktiv vorhandenen Ansätze. Zum Schluß ging der Referent noch auf einige konkrete Aufgaben der Jungsozialisten ein und schloß unter lebhaftem Beifall mit dem Appell an die proletarische Jugend, mitzuarbeiten an der Vergeistigung und Verlebendigung der Massen.

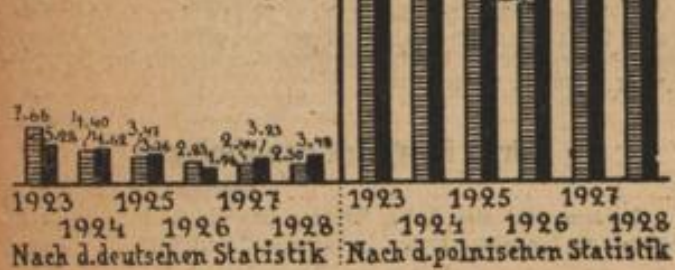
Aus dem Geschäftsbericht des Genossen Franz Lepinski war ersichtlich, daß die jungsozialistische Bewegung im Reich in der letzten Zeit gute Fortschritte gemacht hat. Es besteht, von wenigen Ausnahmen abgesehen, überall ein gutes Verhältnis zur Partei und zur SAJ. Die Eingliederung der Jungsozialisten in die Partei ist überall gelungen. Viele der jungen Parteigenossen füllen Funktionen als Referenten, Schriftführer, Bildungsobleute usw. aus und sind teilweise auch in der Kinderfreundlichen Bewegung und der SAJ als Helfer tätig. Die „Jungsozialistischen Blätter“ und die „Schriftenreihe“ erfreuen sich in der Jugend der Partei allgemeiner Beliebtheit. Es wäre nur zu wünschen, daß der Abzug der Blätter, der in den letzten Monaten zurückgegangen ist, wieder gehoben wird. Schuld daran tragen neben anderen Ursachen auch die Konkurrenz des „Klassenkampf“ und unsere, in der gesamten Arbeiterbewegung vorhandene Ueberorganisation, die den einzelnen wirtschaftlich zu sehr belastet. Der Referent kündigt dann eine Reihe Maßnahmen an, die unserem Schrifttum zugute kommen sollen.

Die Reichsleitung beantragte, die nächste Reichskonferenz Pfingsten 1929 in Hannover abzuhalten und eine Schulungsmoche anzuschließen. Der Vorschlag wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Eine von der Reichsleitung vorgeschlagene Entschlieung, in der die Erwartung ausgesprochen wird, daß die Sozialistische Jugend internationale und unsere Partei alles tun werden im Kampf gegen militaristische und imperialistische Bestrebungen, wurde einstimmig angenommen.

Die Bedeutung des deutsch-polnischen Handelsverkehrs

In % zur gesamten Ein- bzw. Ausfuhr für Deutschland für Polen



Polen hat eine Einfuhrverbotsliste aufgestellt, die sich nicht nur auf die Einfuhr von Luxusnahrungsmitteln und industriellen Luxusartikeln, sondern auch auf wichtige Gebrauchsgegenstände erstreckt. Selbst wenn Polen seine zahlreichen Einfuhrreglementierungen auch abschaffen würde, kann Deutschland seine beiden wesentlichen Einfuhrverbote nicht vorbehaltlos aufgeben. Der polnischen Schweine-

Blühende Braunkohlenkonzerne.

Zehn Prozent Dividende bei der Zubiag.

Den Reigen der großen Konzernabschlüsse im mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbau schließt alljährlich die Zubiag (Braunkohlen- und Brikketterzeugung A.-G. Berlin), die ihr Geschäftsjahr erst am 30. Juni beendet. Bei der jetzt erfolgten Veröffentlichung des Geschäftsberichtes für das Jahr 1927/28 erscheint es angebracht, sich des Braunkohlenstreiks im Oktober vorigen Jahres zu erinnern. Der Streik im mitteldeutschen und ostelbischen Revier, der nur von achtstägiger Dauer war, brachte den Braunkohlenarbeitern im Oktober v. J. die sehr notwendige Erhöhung ihrer Löhne um 11,5 Proz. Schon vor dem Ausbruch des Streiks hatten die Braunkohlenmagnaten einstimmig in den Verhandlungen der Arbeiterchaft erklärt, daß auch die geringste Lohnerhöhung untragbar sei und die Wirtschaftlichkeit des gesamten mitteldeutschen und ostelbischen Braunkohlenbergbaues gefährde. Die Unternehmer versuchten dann auch sofort nach der Verbindlichkeitsverletzung des Schiedsgerichts die Löhne der erhöhten Löhne auf die Verbrauchermassen abzumwälzen und beantragten noch im Laufe des vorigen Jahres eine entsprechende Erhöhung der Brikketterpreise. Diese wurde allerdings nicht zugestanden.

Der sterbende Bauer.

Von O. B. Muffermann-Wien.

Der Tod hatte dem Infanteristen Josef Richter die Eingeweide zerrissen. Zwei Stunden lang schrie er und wand sich in Zuckungen. Dann streckte er sich bewußlos und schwieg.

Nur aus dem sich verdunkelnden Himmel brachen noch immer die schweren Einschläge über das tote Dorf in die toten Felder. Bald hier, bald dort schlug aus unerkennbarer Weite der Hammer des Hesses auf das gestorbene Land.

Und dann, um die Abendstunde, schwieg auch das ergene Tier, zu formloser Masse zerflogen. In dem Schweigen, das bald danach die rauchenden Räume weitete, klagte nur die furchtbare Stimme eines gemarterten Wesens, weiter zurück, am Rande der Nacht, eines Pferdes mit zerfleisstem Rücken, das den Kopf vom Boden hob und den unforgbaren Dämmer seiner Not über die Erde hinaus schrie. Hier von erwachte Josef, wie über den Schrei des jüngsten Gerichtes. Er sah in die Ebene hinaus. Was er sah, waren verzerrte Formen der Nacht, eines Dorfes klaffendes Gebälk, eine Schar von Schatten, todgezeichnet und todbewußt. Eindringlicher als über dem Dorf lag sein Blick über der lamentösen Erde, von der alles Lebende fortgewischt war, wie von einer erloschenen Welt.

Er schauderte, brach Blut und wischte sich den Schleim aus dem Gesicht. Er hob die Arme zu den ersten Sternen und machte eine Bewegung über das graue Feld.

„Zweierlei gab uns Gott,“ stöhnte er schwerfällig. „Die fruchtbare Erde und den Pflug. Und wir? Und dies? Mensch und Pflug liegen darunter begraben. Niemand wird auferstehen, niemand...“ Das Blut hatte aufgehört zu fließen, Fieber rieselte durch Josefs Adern, wuchs immer kürzer zu Blut und Frost, und da war es, als rufe der Wille zu leben in einer letzten, grauenvollen Spannung noch einmal in ihm hoch, in ungeheurerlicher Kraft.

„Mutter!“ rief er wie ein Krieger. „Mutter!“ Seine Stimme glitt hinaus wie über die Fläche eines Meers und verklang echolos im Unendlichen. Dann brach das Schweigen rauschend über ihn nieder und stieß ihn in das Grauen des Verlassenseins.

Ueber Leichen hinweg kroch Josef mit nachschleppenden Füßen dem Schrei des Pferdes zu, um noch einmal das Auge eines Geschöpfes leuchten zu sehen, und sei es in Todesqual.

Hinter dem Rest einer gestirzten Mauer fand er es. Es war ein graues Tier, plump und schwer, ein mißbrauchtes Bauernpferd, das sich aufbäumte vor Schmerz und wieder zu Boden sank, aber ohne Augen, mit zitternden Gliedern. Josef schlang die Arme um den schweißbedeckten Hals und drückte seine kalten Wangen an die warme Haut des Tieres.

„Wir beide,“ flüsterte er, während Tränen in seine Augen flogen. „Wir beide...“

Er fühlte, daß das Kriemzeug dem verendenden Tiere Schmerz bereite und löste dem Pferd die Zügel und Gurte. Etwas Feines und Leichtes rieselte aus der Satteltasche, glitt über seine Hand und fiel lautlos zu Boden. Er tastete danach und sah, daß es Körner waren. Hafertörner. Da lächelte er, und fand in ihnen, über perschnittene Jahre zurück, den Weg in eine andere Erde, die noch blühende Felder trug und Pflüger, auf der seine Hände sich um das Antlitz des Lebens gelegt hatten, um die Wärme einer Lehre, um den Griff eines Pfluges. Er sah gerabeaus und spürte den Wind der Nacht um seine heißen Schläfen. Er sah den Schall stehengebliebener Pappeln aufwärtsstürmen und hörte den Ruf des Vogels über seinem Scheitel, und die Sterne standen im Schwarzen, als eine Gewähr der Ewigkeit.

Aber er blickte nicht mehr hinaus wie einer, der einem scheidenden Schiffe nachsieht, oder wie einer, dessen Augen an einem Trauerzuge hängen. Ich werde sterben, dachte er, doch nicht als Soldat... Ich will ein Bürge des werdenden sein, des Auf-erstehenden.

Und im Wachsen des Ergriffenseins löste er von seiner Seite das Bajonett und erlöste das schreiende Pferd. Dann aber stieß er mit schwachen Händen, unter der Schwere seines Körpers, das blutige Eisen in die braune Erde, und beugte sich tiefer, um sich von dem Rauschen erfüllen zu lassen, mit dem die Erde sich brach und zur Scholle sich wendete.

„Mein Wille ist, daß Korn wächst, und Blumen blühen...“ und die Erde hat denselben Willen,“ flüsterte er, als der Schwung seiner Hand die Körner in die bereitete Erde einstreute. „Ich war ausgezogen, um den Tod zu fassen, aber ich habe das Leben gefaßt...“ — Es verließen ihn die letzten Kräfte. Roter Schaum nähte seine Lippenränder, er hielt inne und neigte sich sterbend der Erde zu. Dies Neigen war, wie wenn eine graue Scholle sich neigt, die der Pflug aufgeworfen hat, und die nun in die Furche wieder zurückfällt.

„Dort ist es,“ sagte einer der Soldaten, ins Dunkle gerabeaus blickend, ohne die Hand zu heben. Sie trugen eine Bahre. „Dort liegen welche, und dort war es, wo das Pferd schrie.“

Als sie an die Stelle kamen, stolperten sie über Leichen und hörten zur Seite Josef rufen.

Sie beugten sich über ihn. Seine blutdurchtränkte Uniform konnten sie nicht erkennen. „Bist du ein österreichischer Soldat?“ fragten sie.

Josef hörte ihre Stimmen, als würden sie aus weiter Ferne dringen. Gleichzeitig fühlte er, wie er tiefer und tiefer sank. Licht wuchs und brauste um ihn herum, mit dröhnenden Klängen, die wie Trompeten über die Erde schollen.

„Ein Bauer,“ murmelte er mit furchtbarer Anstrengung. „... ein Bauer...“

„... fät“ schrie er. „fät das Feld!“ Sie verstanden nicht den Sinn der Worte, die er rief, aber sie selbst fühlten den Tonfall der Stimme immer weiter hinausschwingen über das nächtliche Feld, die Horizonte des Todes umfassend, als sei der Sterbende der Sänger eines neuen Jahrtausends gewesen, und die zum fägenden Schwung noch halbgeöffnete Hand, das Zeichen eines neuen Bundes.

Sie drückten dem Toten die Augen zu, lösten die blecherne Legitimationskapitel, die er am Halbe trug, von der Schnur und gingen suchend weiter.

Man wandelt nicht ungestraft unter Palmen...

... sagte der Redakteur, der an die Riviera gereist war und dem die Gedichte seiner Mitarbeiter zentnerweise nachgeschickt wurden.

... sagte der Philosoph, der sich vor dieser verderbten Welt in einen prävarischen Urwald geflüchtet hatte, als ihm aus einem Andamerdorf ein Grammophon „Balencia“ entgegenquälte. K. M.

Hermann Claudius.

Zum fünfzigsten Geburtstag des Dichters.

Das Wachstum eines Menschen teilen wir nach den Jahrzehnten ein und legen bei einer persönlichen Entwicklung, die wir betrachten, den Jahren um 20, 50 und 70 — in besonders glücklichem Falle um 80 — eine besondere Bedeutung bei. Jedes Alter gewinnt in der menschlichen Entwicklung eine besondere Bedeutung dadurch, daß es zu Abschluß und Beginn einer Entwicklungswechselung der Markstein ist. Das 20. Jahr gilt uns als Zeichen der Mannwerdung, wo der Jüngling das Kindhafte abstreift. Das 50. Jahr steht im Zeichen des Hochalters, der Lebensreife, und wir erleben es auch in kleinerem Kreis, daß wir das 50. Jahr eines Menschen besonders feiern, um alsdann einen Rückblick auf das halbe Jahrhundert Werdung und Schicksal zu nehmen. In diesen Tagen begeht Hermann Claudius seinen 50. Geburtstag, welcher uns im besonderen den Anlaß gibt, auf sein Leben und seine Bedeutung einzugehen. Ich will keinesfalls den Versuch machen, Hermann Claudius irgendwie einzuordnen oder zu systematisieren, sondern möchte heute seiner unromantischen, wandelbaren Menschlichkeit die Ehrerbietung zollen. Der Versuch, den Dichter Hermann Claudius von seinem Menschlichen zu trennen, ist nicht möglich, sondern gerade bei ihm ist Menschliches und Dichterisches eine unlösliche Einheit.

Bei oberflächlichem Betrachten seiner Werke kann man zu dem unrichtigen Schluß kommen, daß die Einheitslichkeit der Wesensart des Dichters nicht vorhanden ist, sondern daß die Charakterbildung sich in wesentlichen Teilen widerspricht. Und doch ist diese Deutung in jeder Beziehung ungerichtet! Von den ersten Erscheinungen an bis zu der letzten Veröffentlichung bedeuten die Blätter die Steigerung der Persönlichkeit Hermann Claudius'. Ist er in seinem ersten Band „Rant Ruern“ doch stark im Kreise des Heimatlischen, des Wohlischen und des Individualistischen, so wächst er bereits in seinen folgenden Veröffentlichungen über den Rahmen dieses engen Kreises hinaus. Viel umstritten ist sein Buch: „Hörst Du nicht den Einschnitt?“ Man hat diesen Versen den Vorwurf einer chauvinistischen Tendenz gemacht. Ohne Zweifel sind diese Gedänge und Lieder stark von den Tagen 1914 bis 1915 beeinflusst, doch zeigen Gedichte wie: „Wir wähten eine Kette zu wissen, rund um die Erde, nun ist sie zerrissen“ und andere bereits kritische intuitive Wachsamkeit gegen den Schein der Dinge. Wenn wir diesem Buch einen sehr wesentlichen Teil zeitlicher Gedichte abziehen müssen, so bleibt doch ein bedeutender Kreis von Gedichten als wertvoller Niederschlag jener furchtbaren Tage zurück. Bereits in dem weiteren Büchlein „Licht muß werden!“ haben die Kriegsjahre ein reales, erschütterndes Bild geprägt erhalten. Es ist der einfache, wehrlose Mensch, der mit seinem blutenden Herzen sich in der Grausamkeit der Materialschlacht von 1914 bis 1918 seinen Sinn sucht. Das Sieben vor den letzten Dingen und das Glauben an die kommenden Verheißungen ist in der Schlichtheit und Aufrichtigkeit eines einfachen Menschen sprachlich auf das Beste geformt gestaltet worden.

Den Schrei der Entbehrung, des Aufstommens und den philosophischen Einschnitt hat Hermann Claudius in dem Buch „Mensch“ getan. Die Richtigkeit des Buches und der Wert desselben ist durch das Verbot des Generalkommandos genügend bewiesen worden.

Es ist natürlich, daß empfindsame Menschen von Ereignissen wie dem Zusammenbruch des deutschen Volkes 1918 und den sich daran anschließenden Zeiten des Aufbaus stark beeinflusst werden. „Lieder der Unruhe“ heißt das Buch, welches Hermann Claudius in jenen Tagen als Stimme der Zeit veröffentlicht hat. Man ist versucht, beim Lesen dieser im besten Sinne unruhigen Verse jeweils den Vergleich mit den Erinnerungen an das Aus und Ab bis etwa 1924 zu ziehen, und doch ist in den von Hermann Claudius geprägten Worten das Besondere, daß er das Tägliche vom Wesentlichen in seinem geistigen Niederschlag sehr wohl unterscheidet.

Das Klima der geologischen Vorzeit.

Eine der am meisten umstrittenen Fragen der Erdgeschichte ist die Bestimmung der Klimaverhältnisse in früheren geologischen Zeitaltern. Die Schwierigkeiten stammen daher, daß man oft Reste wärmebedürftiger Pflanzen an Orten findet, die sehr von ewigem Eise bedeckt sind, wie z. B. die Steintohlenwälder auf Spitzbergen, und umgekehrt kältgewohnte Pflanzen in tropischen Gebieten. Der bekannte Klimaforscher Köppen und der Geograph Wegener, der Begründer der Kontinentalverschiebungstheorie, nehmen an, daß das Weltklima der Erde seit dem geologischen Altertum keine merklichen Wandlungen erlitten habe, daß es immer vereiste Polargebiete und warme Zonen gegeben und daß nur die Lage der Klimazonen auf der Erdoberfläche durch Verschiebung der Erdteile sich verändert habe. Tatsächlich findet man Gletscherspuren schon in den ältesten geologischen Formationen. Nur das Mesozoikum, besonders die Trias- und Jurazeit, hatte wahrscheinlich ein günstigeres Klima, da sich aus dieser Zeit nirgends auf der Erde Eiswirkungen nachweisen lassen.

Der Geologe Friedrich Nölke ist nun kürzlich zu ganz neuartigen Ergebnissen über das Klima der geologischen Vorzeit gelangt. Er geht aus von der Sonnenwärme, die ja das irdische Klima gestaltet, und nimmt an, daß die Sonnenstrahlung im Laufe der geologischen Zeiten sich geändert hat. Neuere astrophysikalische Untersuchungen zeigen nämlich, daß im Entwicklungsgang der Fixsterne deren Wärme bis zu einer Maximaltemperatur ansteigt, dann aber stetig sinkt. Man hat neuerdings auf Grund radioaktiver Vorgänge berechnet, daß für die geologische Erdgeschichte eine Zeitdauer von mindestens 1 1/2 Milliarden Jahren anzusehen ist. Bieweil sich innerhalb dieser Zeitperiode der Betrag der Sonnenenergiestrahlung geändert hat, ist schwer zu schätzen. Da aber nach den Strahlungsgeetzen die ausgestrahlte Energie proportional der vierten Potenz des strahlenden Körpers ist, so rufen schon ganz geringe Temperaturänderungen der Sonne ganz gewaltige Umwälzungen im irdischen Klima hervor. Ein Sinken der etwa 6000 Grad Celsius betragenden Oberflächentemperatur der Sonne um nur 25 Grad, also um einen verschwindend kleinen Betrag, würde schon genügen, der Erde eine neue Eiszeit zu bescheren.

Nimmt man mit Nölke an, daß die Sonnenstrahlung in früheren geologischen Perioden stärker war, so ergeben sich überraschende

Ich darf hier ein persönliches Erlebnis einschalten, welches ich mit Hermann Claudius gehabt habe und welches besser als viele Worte den Menschen Hermann Claudius kennzeichnet:

In Hamburg war in jenen Tagen Unruhe und Straßenkampf. Nach Abspannung und Ueberfättigung durch das Alltägliche stand ich vor einem Laden, während nicht weit von mir die Boge des Kampfes hin und her ging. Plötzlich schlug mir Hermann Claudius von hinten auf die Schulter und sagte: „Rinsch, is dat nich ne herrliche Tid? Bi hüt Abend hebbt wi noch Bodder von de Herne Koh in; Hus, und wat morgen is, dor brukt noch teen an to denken. Wat wi amerst hier erlemt, is, dat siet de Minscheit een ni Besicht söcht.“

In seinem Buch „Die Brücke in die Zeit“ finden wir das Gedicht „Wann wir schreiten Seit an Seit“ als gläubiges Bekenntnis zum Wandel und zur ewigen, aufsteigenden Jugend.

Die Wege nach innen hat Hermann Claudius in seinem Buch „Heimkehr“ begangen. Die Suche nach dem eigenen Sinn, das Haus, in dem der Mensch wohnt. Baum und Tier und Frau und Kind, Voraussetzungen unseres Lebens, die neben den großen Ideen und Umwälzungen der Zeit für unsere kleine Menschlichkeit sehr oft das Bedeutungslose sind.

In reinen, volkstümlichen Versen gibt er Kunde von den Erlebnissen der ihm am nächsten stehenden Menschen und hat dem Alltäglichen klare und laute Vertiefungen abgelauscht. Religion im Sinne des Wortes als verbunden mit den heiligsten und wertvollsten Dingen unseres Lebens, unseres Glaubens und Empfindens ist hier zum Ausdruck gekommen.

Wenn ein Mensch 50 Jahre alt wird und er wäre dann noch jugendlich und unruhig, so würde dieses sicher abstoßen, aber es ist das Wundervolle, daß in Hermann Claudius neben einer über-schäumenden Jugendlichkeit, die in manchen Fällen schon Pbilisterei erschreckte, auch ernste herbe Männlichkeit mit all ihrer Verschlossenheit Geltung hat.

Sein reifstes Buch „Meister Bertram“ hat sich dem Problem eines schaffenden Menschen zugewandt. Es ist nicht die nackte historische Biographie eines bedeutenden Künstlers, die Hermann Claudius geschrieben hat, sondern die intuitive Erfassung und geistige Schau auf das Göttlich-Menschliche in einem bedeutenden Künstler. Mit diesem Buch hat Hermann Claudius sein 50. Lebensjahr abgerundet.

Es soll nun noch erwähnt sein, daß Hermann Claudius neben den oben angeführten Werken einige kleinere Spiele und Verse geschrieben hat, die in ihrer Art durchaus in den Rahmen des Ganzen gehören, die aber kaum wie die obigen Bücher Marksteine einer Lebensentwicklung sind. So sehen wir heute am 50. Jahrestag die Ernte eines lebendigen und mit der Zeit gewachsenen Menschen vor uns. Wir haben Hermann Claudius zu danken für sein Mitleiden, mehr aber noch für sein Verkünden und Läutern, wie es uns aus seinen Versen entgegen kommt.

Und so sei zu seinem 50. Geburtstag ihm der Glückwunsch dargebracht in der Hoffnung, daß Hermann Claudius uns unseren Gaben noch um manches bereichern möge und, daß er die Einheit bleibt, der überschäumenden Jugend und der reifen erfahrenen Männlichkeit, verknüpft mit den Ereignissen des Tages und den überzeitlichen Wandlungen, welche das Geschick unserer Generation sind. Alfred Thieme.

„Lieder der Unruhe“, sowie die beiden Sprechspiele „Menschheitswille“ und „Licht“ sind im Arbeiterjugend-Verlag Berlin, die anderen Werke größtenteils im Verlag von Georg Westermann erschienen.

Erklärungen für die sonst schwer deutbaren Tatsachen der Paläo-klimatologie: Kräftigere Sonnenstrahlung hat auf den Ozeanen stärkere Verdunstung hervorgerufen. Dichtere Bewölkung schützte dann die Tropengebiete vor zu starker Wärmestrahlung und bewirkte in den gemäßigten und kalten Zonen eine Temperatursteigerung. So verringerte eine größere Sonnenstrahlung die Gegensätze der verschiedenen Klimazonen und bewirkte ein ausgeglicheneres Weltklima, wie es uns im Mesozoikum entgegentritt. Infolge kräftigerer Sonnenstrahlung wurden die Polargebiete durch die aus niedrigeren Breiten kommenden warmen Meeresströmungen erwärmt, während in der Polarnacht eine sich über dem warmen Wasser bildende Wolkendecke vor zu großer Ausstrahlung schützte. Infolge aller dieser Vorgänge war es möglich, daß in den Polargebieten wärmebedürftige Pflanzen gediehen, und das Vorkommen fossiler subtropischer Pflanzen im hohen Norden ist damit erklärt.

Die Annahme einer erhöhten Strahlungskraft der Sonne in früheren geologischen Zeiten steht mit keiner Beobachtungstatsache in Widerspruch, ist vielmehr wesentlich einfacher als die Hypothese von Polwanderungen oder Kontinentalverschiebungen und gestattet, alle Klimafragen einem einheitlichen Gesichtspunkt unterzuordnen.

Die Kalmücken sterben aus. Die russische wissenschaftliche Expedition, die mit der Aufgabe betraut war, die Lage der kalmlischen Bevölkerung Russlands zu untersuchen, ist jetzt nach Moskau zurückgekehrt und hat ihren Bericht erstattet. Die Kalmücken, das zahlreichste der mongolischen Völker, sind seit zwei Jahrhunderten in großer Zahl über weite Räume des russischen Reiches zerstreut. Nach dem Bericht der Expedition muß man mit ihrem Verschwinden rechnen. Während der letzten 30 Jahre ist die Bevölkerungsziffer bis auf 30 000 Köpfe gesunken. Die Verminderung betrifft hauptsächlich die Frauen. Daneben hat man festgestellt, daß das Körpermaß der Kalmücken seit dem Jahre 1914 im Durchschnitt um 1,5 Zentimeter zurückgegangen ist. Die Hälfte der Bevölkerung ist von Malaria und der Tuberkulose befallen; überdies leiden 26 Prozent an Geschlechtskrankheiten.

Ein heiratswüdiges Inselchen. Auf der kleinen normannischen Insel Guernese ist man besonders heiratswütig. Im vergangenen Jahre heirateten drei Sechszehnjährige und 39 Siebzehnjährige bei einer Gesamtbevölkerung der Insel von 350 Einwohnern.

Ausstasch!



MITTWOCH
KINDERTAG
BEI



Oranienstr. 40 Chausseertr. 113 Königstraße 33
Am Oranienplatz Beim Stettiner Bahnhof Am Bahnhof Alexanderplatz

Herrn- bzw. Knaben-Kleidung in den beiden Geschäften: Königstr. / Chausseertr.



Theater, Lichtspiele usw.

Mittw., d. 24. 10. Staats-Oper Unter d. Linden A.-V. 117 19 1/2 Uhr	Mittw., d. 24. 10. Seltische Oper Bismarckstr. Turnus I 19 Uhr
Fidelio	Walküre
Staats-Oper A n PLD. Renobl. R.-S. 175 19 1/2 Uhr	Staatl. Schauspielb. an Juchaczmarkt A.-V. 153 20 Uhr
Freischütz	Egmont
staatl. Schiller-Theater, Charitbldg. 13 1/2 Uhr: Wallensteins Lager. 17 1/2 Uhr: Piccolomini. 20 Uhr: Ein besserer Herr.	

Volksbühne
Theater am Bismarckplatz
8 Uhr
Der lebende Leichnam

Theater am
Schiffbauerdamm
8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Thalia-Theater
8 Uhr:
Schneider Wibbels
Auferstehung

Staatl. Schiller-Th.
8 Uhr
Ein besserer Herr

Staatstheater am Platz
der Republik
7 1/2 Uhr
Freischütz

Die Komödie
Bismarck 2414/7316
8 1/2, Ende 11 1/2, Uhr
Eltern und Kinder
Komödie
von Bernard Shaw

Saltzbury-Bühnen
Des. Künstler-Th.
8 Uhr:
Die Herzogin von Chicago
Oper von Zerkowich Kozma

Lessing-Theater
8 1/2 Uhr
Alb. Bessermann,
Lucie Mannheim
"Herr Lamberthier"
Drama von
Louis Verneuil.

Für **50** Pfennige
14 große Varieté-Attraktionen
Heute abend 8 Uhr!
Walhalla-Theater!
Weinbergsweg 20

Theater a. Kottbuser Tor
Kottbuser Str. 6 Tel.: Moritzpl. 16077
Täglich 8 Uhr, auch Sonntags
nachm. 3 Uhr (ermäß. Preise)
Elite-Sänger mit
„Silberne Hochzeit“ u. einem toll. Schwank

Volkspreise: 1.00 b. 2.00 M., Logen 2.50

Metropol-Theater
Täglich 8 1/2, Uhr
Friederike
Musik von Franz Lehár
Käthe Dorsch
Richard Tauber

Silbe Wörner • Heppermann
Westner • Diegelmann
Doro Reiz • Rimburg • Keller-Elly
Die Reihe ist den ganzen
Tag geöffnet.
Telephon: Zentrum 378 u. 3993

Berlin im Licht

das sensationelle Ereignis, welches hunderttausende auf die Beine gebracht, ist kaum vorüber und schon wirkt sich eine neue Sensation aus - Unser individuelles Kreditsystem überstrahlt alles!

Wir sagen nicht: „Das müssen Sie zahlen“
Wir fragen: „Was können Sie zahlen?“
Trotzdem feststehende Preise.

Während unserer Werbeweche vom 22.-26. 10. auf alle Möbelpreise
10% Sonderrabatt

Komplette Speise-, Schlaf-, Herrenzimmer u. Küchen
Herren- und Damen-Garderobe sowie Textilwaren
E. Kümmel & S. Neue Promenade 2!
Besuchen Sie unsere Ausstellungs-fenster Hochacher Markt 5
(neben Asdinger)

SCALA
8 Uhr B. S. Barbarossa 9256
Original Theresia-Trio. Musik aus
der Zeit.
Powers Riesen-Tanz-Elefanten vom
New York-Lippodrom
und das große Varieté-Programm.

CASANOVA
mit Michael Bohnen. Regie: Charoll.
Sonntag 3 U.; Nachmittags-Vorstellung
z. halb. Preis. (angeführte Vorstellung)

Volksbühne
Theater am Bismarckplatz
8 Uhr:
Der lebende Leichnam

Th. am Schiffbauerdamm
Täglich 8 Uhr
Die Drei-Groschen-Oper

Paulsen, Valenti,
Ander, Geron,
Schaufuß, Köhl,
Lenja.
Telephon: Nord 1141 u. 281

HALLER-REVUE
„Schön und schön“
Th. im Admiralspalast
Täglich 8 1/2 Uhr.

Thalia-Theater
Dresdener Str. 72-73
8 Uhr
Schneider Wibbels
Auferstehung
Heute, Großstück.

Theater des Westens
Moskauer jüd.
akad. Theater
Heute 8 1/2, Uhr
Reise Benjamins III.
Morgen 8 1/2, Uhr
**Die Nacht auf dem
alten Markt**

Theater in der Stadt
Rennbahnstr. 57
Dönh. 919. 8 1/2, Uhr
Demnächst z. 500. Mal
Spiel im Schloß

Insulte von Franz Molnar,
Regie Eugen Robert
Anton Eschenay, Arthur
Schreiber, Udo, Zerkowich,
Thom, Rom

Komische Oper
James-Klein-Revue:
Tausend nackte Frauen!
Die große Revue der
„Freien Liebe“
Parkett nur 4,50 Mk.

Th. in der Lützowstr.
Kurt 9209. 8 1/2, Uhr
L. M. Lommel
in der Pose
„Ranzendorf
auf Welle 0,5“
Rundfunkhörer:
nahe Preise

8 1/2 Uhr **CASINO-THEATER** 8 1/2, Uhr
Lothrerer Straße 37.

Neu! Neu!
Stöpsel

Dazu ein erstklassiger bunter Teil.
Für unsere Leser Gutscheine 10r! - 4 Pers.
Pauteil nur 1,15 M., Sessel 1,65 M.
Sonnstagspreise: Parkett u. Ränge 0,50 M.

Deutsches Theater
Norden 12 310
Vorverkauf
auch im Pavillon d.
Reinhardtbrücken,
Kuffertendamm,
Ecke Umlandstraße
Bismarck 448 u. 449.
8 1/2 Uhr, Ende gegen 11

Die Verbrecher
Schauspiel von
Ferdinand Brückner

Trion-Th.
Täglich 8 1/2, Uhr
Skandal um Oly
Erika Glässer,
Heinz Sallner
Sonntag 4 Uhr:
Schneeweißchen
und Rosenrot
Rundfunkhörer:
halbe Preise

Planetarium am Zoo
Friedrich-Juchaczmarkt 10
Noi, 1976
16 Uhr
**Der Sternhimmel
im Herbst**
18 Uhr
Erde und Weltraum.
20 Uhr:
Der Einfluß d. Gestirne
(Volkskunde und
Wissenschaft)

Burrowsky-Bühnen
Fu. Königstr. 24
Täglich 8 1/2, Uhr.
Der rote General.

Komödienhaus
Täglich 8 1/2, Uhr
Hokuspokus
mit Carl Gottz

Reichshaus-Theater
Abends 8 Sonnt. nachm. 4
Stettiner Sängerk
Das wundervolle Oktober-Programm.
Nachm. halbe Preise, volles Preis
Dönholl. 6. 8. 10. 12. 14. 16. 18. 20. 22. 24. 26. 28. 30.
Anfang 8 Uhr, Sonntags 8 1/2, Uhr.

Renaissance-Theater
8 1/2, Heute 8 1/2

Ton in des Töpfers Hand
von Theodore Dreiser. - Deutsch
von Paul E. er. Regie: Guss Hartung.

Oper-Theater
St. Frankfurter 11. 127
8 1/2, Uhr
D. Verschwander

Sil zum Bleichen
ohne Gleichen!

Kleines Theater
Täglich 8 1/2, Uhr
Max Adalbert
in
Der Dickkopf
Sandrock, Landt,
Sterier, Sikla.

Winter Garten
Tägl. 8 Uhr
Internat. Varieté
Rauchen gestattet

Lustspielhaus
Täglich 8 1/2, Uhr
Arm wie eine Kirdenmaus
L. u. Thelma J. Roman,
F. Weller, Karol, Barth.

Theater am Kollendorferplatz
Täglich 8 1/2, Uhr
Schwarzwalddmädell!

CIRCUS BUSCH
8 Uhr
Nur noch kurze Zeit!
„Perlen gestohlen“
mit Bruno Kastner
Außerdem: Das sensationelle
Spezialisten-Programm!
In Vorbereitung: Neue Revue!

Adolph Hoffmanns Erzählungen
Gesammelte Erinnerungen
aus Sozialgesetzlicher Zeit
mit Anhang
200 Seiten stark auf holz. Papier
in Ganzleinen geb. mit Titelpressur

3.-RM.
Bes. geeignet zu Geschenkzwecken

Selbstverlag von Adolph Hoffmann
Berlin O 17, Koppenstraße 6 II
Bestellungen nehmen alle Ver-
wärts-Boienfrauen entgegen

Gegen die Todesstrafe.

Aber die deutschnationale Frau Müller-Dittrich ist dafür.

Nach dem Vertreter der Volkspartei, Abg. Zapp, nahm in der Sitzung des Strafrechtsausschusses des Reichstags, über die wir zum Teil schon in der gestrigen Abendausgabe berichteten.

Abg. Landsberg (Soz.)

Zu Wort. Genosse Landsberg widerlegte zunächst die Ausführungen des Abg. Zapp. Er habe zwar die Todesstrafe entschieden abgelehnt, aber für seine ganze Fraktion habe er eine solche Erklärung gewiß nicht abgeben wollen, denn es sei ja bekannt, daß auch Anhänger der Abschaffung der Todesstrafe in seiner Fraktion seien. Wenn die Meinung zur Begehung schwerer strafbarer Handlungen zugenommen habe, so darf nicht die soziale Bedingtheit der Verbrechen übersehen werden. Durch Kopfschlagen kann man das nicht beseitigen. Der Staat dürfe nicht eine Strafe anwenden, die grausam und gefährlich sei, sonst sinkt der Staat auf das Niveau des Verbrechens herab. Keineswegs nehme die Sozialdemokratische Partei, wie Abg. Zapp behauptet habe, das Recht zur Verhängung von Todesurteilen gegenüber politischen Gegnern in Anspruch.

Die Sozialdemokratische Partei sei immer gegen individuelle Mordtaten gewesen. Sie habe immer politische Mordtaten abgelehnt. In den ganzen zwölf Jahren des Sozialistengesetzes sei nicht ein einziger Fall individueller Rache vorgekommen.

Wenn z. B. in Frankfurt a. M. 40 Sozialdemokraten der Ausweisungsbefehl am heiligen Abend überreicht worden sei, so wäre schon das Bedürfnis zu persönlicher Rache erklärlich gewesen. Immer dieser Ausgewiesenen aber habe Rache geübt! Wenn Abg. Zapp aus der Tätigkeit des Genossen Fritz Adler für die Sozialistische Internationale folgere, daß in der Sozialdemokratischen Partei die Ermordung des Grafen Stürgkh gebilligt werde, so sei das nicht richtig. Die Republik Deutschösterreich habe aber auf ihren Erklärungsanspruch bei Adler verzichtet, warum sollte also die Sozialistische Internationale ihn nicht zu ihrem Sekretär machen? In Preußen habe es auch schon unter Wilhelm I. Zeiten gegeben, in denen ein Todesurteil überhaupt nicht vollstreckt worden sei. Auch in anderen Ländern habe es solche Zeiten gegeben. Warum solle die Preussische Regierung nicht in jedem Falle von dem Begnadigungsrecht Gebrauch machen, wenn sie die Vollstreckung der Todesstrafe nicht für richtig ansehe?

Da eine abschreckende Wirkung der Todesstrafe könne man nicht mehr glauben, nachdem doch auch in den Ländern, wo die Todesstrafe vollstreckt werde, die Mordtaten nicht abnehmen. Bemerkenswert sei, daß in den Staaten ohne Todesstrafe sich nirgends eine Agitation für ihre Wiedereinführung zeige.

Das sei nicht einmal in Belgien geschehen, als nach dem Kriege den Landesverrätern der Prozeß gemacht wurde.

Die sozialdemokratische Fraktion wäre in ihrem Kampfe gegen die Todesstrafe nicht von Mitleid für die Mörder geleitet, sie sei vielmehr aus der Ansicht, daß Mörder unschädlich gemacht werden müssen. Die Todesstrafe müsse aber auch wegen der Scheußlichkeit des Vorganges einer Hinrichtung beseitigt werden. Da werde ein Mensch noch lebender Mensch auf den Gefängnishof geschleppt und ihm der Kopf vor die Füße gelegt. Die letzten Stunden vor der Hinrichtung seien furchtbar. Der Anblick der Hinrichtung sei eine Strafe für den, der als Zeuge der Hinrichtung beizuhelfen müsse. Keine Staatsraison verpflichte den Staat, einen derartig scheußlichen Vorgang in Szene zu setzen. Auch bei Mord sei es richtig, im Falle eines Todesurteils den Mörder zu begnadigen. Wenn der Mörder vergessen habe, daß er ein Mensch sei, dürfe es doch der Gesetzgeber nicht vergessen. Wer ernstlich an die abschreckende Wirkung der Todesstrafe glaube, müsse für die Beseitigung der Hinrichtung eintreten. Das wünsche heute niemand mehr. Fehlurteile würden immer vorkommen können. Man müsse die Qualen des unschuldigen zum Tode Verurteilten beifürchten. Dies er mindestens von der rechtskräftigen Verurteilung zum Tode bis zur Begnadigung durchzieht hat. Keine Entschädigung sei in solchen Fällen ausreichend.

Wenn man die Möglichkeit von Justizirrtümern zugebe, müsse man die Todesstrafe beseitigen. Auf die Gnadeninstanz dürfe man sich nicht verlassen. Das sei eine Abwägung der Verantwortung.

Abg. Kahl habe gesagt, daß es ein Trauertag für das deutsche Volk sein würde, wenn die Todesstrafe an einem Unschuldigen vollstreckt werde. Vor einem solchen Trauertag muß das deutsche Volk bewahrt werden. Würde aber ein solcher Fall wirklich eintreten, dann würde die Todesstrafe mit einem Schlag weggefallen werden. Solange man aber lieber nicht warten, sondern schon jetzt die Todesstrafe beseitigen. Der Vorschlag des Abgeordneten Kahl sei für die sozialdemokratische Fraktion unannehmbar. Er würde dahin führen, daß ein zu lebenslänglichem Zuchthaus Verurteilter unter keinen Umständen wieder die Freiheit erlangen könne. Damit würde der Hauptreiz bei allen Verbrechern zur Befreiung und Einkehr beseitigt werden.

Die sozialdemokratische Fraktion fordere die Aufhebung der Todesstrafe in allen Fällen, auch dann, wenn auf Grund des Artikels 48 der Verfassung eine Verordnung erlassen werde.

Gerade in einer Zeit der Unruhe und der Erregung sei besondere Rücksicht zum Schutze des Menschenlebens angebracht. Die sozialdemokratische Fraktion stehe nicht auf dem Standpunkt der Kommissaristen, die nur in Deutschland die Aufhebung der Todesstrafe forderten, in Rußland aber die Todesstrafe verteidigten. Sie fordere die Beseitigung der Todesstrafe nicht nur dann, wenn sie in der Opposition sei, sondern auch wenn sie an der Machtübung teilnehme.

Ministerialrat Schäfer

Zur Behauptung des Abg. Zapp entgegen, daß die preussische Regierung generell die Nichtvollstreckung der Todesstrafe angeordnet habe. Die preussische Regierung habe lediglich das Schreiben des Reichsjustizministers zur Kenntnis genommen, durch welches geordnet wurde, bis zur Entscheidung über die Todesstrafe sei der Reichsjustizminister über das Strafgesetzbuch Todesstrafen nicht vollstrecken. Nach wie vor wird jeder einzelne Fall geprüft. Seit Januar 1928 sei allerdings kein Todesurteil mehr in Preußen vollstreckt worden und somit tatsächlich der Wunsch des Reichsjustizministers respektiert.

Frau Müller-Dittrich

Zu Wort. Der deutschnationale Fraktion zu Wort. Wer behauptet hätte, daß diese Dame seit ihrer vorjährigen Stellungnahme für die Todesstrafe etwas zugelernt haben könnte, würde schnell entlarvt. Sie hat zwar hervor, daß sie sich ihre Stellungnahme nochmals überlegen würde, sie sei aber auch jetzt wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß die Todesstrafe aufrechterhalten werden müsse. Gegenüber grausamen Verbrechen dürfe die Justiz nicht auf weiche Strafmittel verzichten. Der Gesellschaft müßte Schutz gewährleistet werden. Auch der Justizminister habe anerkannt, daß in Zeiten der Gefahr auf die Todesstrafe nicht verzichtet werden könne. Die jetzigen Zeiten aber brächten außerordentliche Gefahren für die bürgerliche Gesellschaft. Täglich seien die Zeitungen voll von neuen Mordtaten. Ihre Zahl scheine noch zu steigen. Die Möglichkeit einer abschreckenden Wirkung der Todesstrafe sei durchaus gegeben. Verzicht man auf diese Strafe, so könne man damit rechnen, daß ausbrechende Verbrecher gleich neue Verbrechen begehen könnten. Die Gegner der Todesstrafe hätten zusehends Gefühl für die Verbrecher und zu wenig Gefühl für die Opfer der Verbrechen. Bewußt trete sie nicht mit Begeisterung für die Todesstrafe ein, aber der Schutz der menschlichen Gesellschaft mache sie notwendig. Wenn gefordert

Hugenberg ehrt Westarp.



... daran knüpfte der neue Parteivorsitzende Hugenberg einige herzliche Worte des Dankes an den bisherigen Vorsitzenden, Graf Westarp, den die Versammlung durch Erheben von den Sitzen ehrte.

(Offizieller Bericht der deutschnationalen Vertreterversammlung.)

Stalin schlägt Alarm.

Gegen die Rechtsopposition in Rußland.

Moskau, 23. Oktober.

In der Sowjetpresse wird erst heute eine Rede Stalins veröffentlicht, die dieser bereits am 19. Oktober in einer Plenarsitzung des Komitees und der Kontrollkommission der Moskauer Parteigruppe gehalten hat. In dieser Rede äußerte sich Stalin eingehend über die oppositionelle Strömung, die in der neuesten Zeit innerhalb der Partei als sogenannte Rechtsopposition hervortritt und die ja bereits einem wahren Aufbruch des Parteikomitees der Partei veranlaßt hat. Stalin führte folgendes aus: Die neuerdings in der KP. hervorgetretene oppositionelle Strömung müsse

als sehr ernst angesehen

werden, da sie nicht die Folge persönlicher Streitigkeiten sei, sondern aus der ganzen Entwicklung herorgehe. Stalin hält diese neue Opposition für weit gefährlicher als den „Trochismus“, denn „sie führt die Partei dem Opportunismus zu“. Die ersten Anfänge zu dieser opportunistischen Bewegung hätten sich bereits im Vorjahr bei Beginn der wirtschaftlichen Schwierigkeiten bemerkt gemacht. Heute gebe es sogar im Zentralkomitee eine Rechtsorientierung. Dagegen untertrifft Stalin mit Nachdruck die vollkommene Einheitsfront des „Politbureau“. Was die Moskauer Parteioffiziere angehe, so seien in ihr unzulässig „gewisse Schwankungen“ vorhanden, die Partei habe jedoch die Möglichkeit, diesmal mit den in dieser Hinsicht Schuldigen milder zu verfahren als bei früheren oppositionellen Regungen, da die Partei

morden sei, daß wenigstens die Vollstreckung der Todesstrafen an Frauen unterbleiben müsse, so müsse sie sich dagegen wenden. Wenn eine Frau ein Leben vernichtet, dann dürfe ihr keine Sonderbehandlung zuteil werden. Die ganze Frage dürfe nicht sentimental, sondern sie müsse mit aller Rührtheit betrachtet werden. Gerade in dem Teil unserer Bevölkerung, der eine mehr primitive Einstellung habe, ist die Abneigung gegen die Abschaffung der Todesstrafe sehr groß. Weniger allerdings in den Kreisen, die sich mit Problemen zermürben. Die Justiz könne als äußerstes Mittel die Todesstrafe nicht entbehren.

Abg. Dittmann (Soz.)

erwiderte dieser Frau: Eine Frau, eine Vertreterin des lebendigen Geschlechtes, die für die Todesstrafe eintritt, dürfe sich nicht wundern, wenn ihr in der Öffentlichkeit jedes menschliche Gefühl abgesprochen wird. Ich persönlich fühle mich außerstande, ein einziges Wort der Verteidigung für eine solche Frau zu sagen, so, ich fühle mich sogar außerstande mit einer solchen Frau auch nur in parlamentarischer Form zu diskutieren. Ich habe für eine solche Frau nur ein Bivl der Beachtung. (Widerspruch rechts.) Sie hat nicht gesagt, wie eine schwangere Frau behandelt werden solle, ob sie wolle, daß diese Frau erst geboren soll. Die ganze Debatte ist außerst deprimierend verlaufen. Die Frage lautet ob, unter diesen Umständen die Verabschiedung des Strafgesetzes überhaupt möglich ist. Die Todesstrafe ist eine der Kernfragen, die die breiten Massen des Volkes auszuwählen. Wieder noch gar kein Strafgesetz als ein solches mit Todesstrafe. Für ein solches Strafgesetz werde ich niemals stimmen. Sehr viel von den 133 sozialdemokratischen Abgeordneten stehen auf demselben Standpunkt. Die endgültige Stellungnahme der Fraktion zum Strafgesetz wird davon abhängen, ob das Plus oder das Minus stärker ist. Wird die Todesstrafe aufrechterhalten, dann müssen Sie damit rechnen, daß sich eine Mehrheit der sozialdemokratischen Fraktion für das Gesetz nicht finden wird. Ein neues Strafgesetz hat aber keine Autorität, wenn es nur mit knapper Mehrheit angenommen wird.

Frau Abg. Pfül (Soz.)

widerlegte die Behauptungen des Abgeordneten Emminger, daß in Württemberg die Abschaffung der Todesstrafe ein Steigen

heute gestiegen bestehe. Aus Stalins Darlegungen ergibt sich, daß die Rechtsopposition in der Moskauer Zweiggruppe ein Programm mit folgenden Forderungen aufstellt:

Einschränkung der Industrialisierung, Verzicht auf die kollektiven Wirtschaften in der Landwirtschaft, Abkühlung des Außenhandels.

Wie der Vertreter des Ost-Expreß aus gut informierten Kreisen erzählt, handelt es sich bei der gegenwärtigen nach rechts orientierten Opposition im Gegenlag zum „Trochismus“ nicht um einen Konflikt in der oberen Führungsschicht, vielmehr ist sie aus der Schicht der „mittleren und kleineren“ Wirtschaftsführer hervorgegangen.

Der neue Streit in der kommunistischen Partei spiegelt sich übrigens auch schon in der Wirtschaftspresse wider. Die „Torgowopromschennaja Gazeta“ erklärt es für falsch, das Industrieprogramm isoliert vom Entwicklungsplan der Landwirtschaft aufzustellen. Dies würde nur zu einem

Bruch zwischen Stadt und Land.

Bruch zwischen der Arbeiterschaft und den Bauern führen. Die wirtschaftsamtliche „Gonomischeskaja Schiza“ ist der Meinung, daß die Warenerzeugung der Industrie weit hinter dem wachsenden Warenbedarf des Landes zurückbleibe. Anfolgebesseren müsse sich die Sowjetindustrie und zwar auch die Schwerindustrie immer mehr der Aufgabe anpassen, die Bedürfnisse der Bauernschaft zu befriedigen.

der Mordfälle herbeigeführt habe. Nicht aus diesem Grunde sei die Todesstrafe in Württemberg wieder eingeführt worden, sondern weil gerade zwischen der ersten und zweiten Lesung des Gesetzes zwei ausserordentliche Mordfälle vorgekommen seien. Unter ihrem Eindruck sei die Todesstrafe wieder eingeführt worden. So aber dürfe man von Stimmungen beeinflusst wohl nicht Gesetze machen. Die Todesstrafe müsse fallen und sie dürfe auch nicht in Zeiten der Unruhe auf Grund des Art. 48 angeordnet werden. Auch Lombroso, der sonst ein Anhänger der Todesstrafe gewesen sei, habe gerade für politische Verbrechen die Todesstrafe ausscheiden wollen. Zur Rede der weiblichen Beauftragten der Todesstrafe sei zu sagen, auch der fanatischste Befürworter einer Gleichberechtigung der Geschlechter könne die Zulassung der Todesstrafe für schwangere Frauen nicht gutheißen. Die Stellungnahme der deutschnationalen Abgeordneten Frau Müller-Dittrich werde von keiner normalen Frau verstanden werden. Frau Müller-Dittrich möge mit ihr in Volksersammlungen gehen, da werde sich schnell zeigen, daß die Massen des Volkes die Todesstrafe nicht mehr wollen.

Der Vorschlag des Abg. Kahl könne nicht angenommen werden, weil er der Besserungsfähigkeit von Mördern nicht Rechnung trage und die gegenwärtigen Zustände noch verschlechtere.

Auch heute schon könne ein wegen Mordes Verurteilter, der zu nächst zu lebenslänglichem Zuchthaus begnadigt werde, nach Jahren die Freiheit wieder erlangen. Der Vorschlag Kahls mache das unmöglich. Man sprach viel von der Sentimentalität der Gegner der Todesstrafe. Aber auch im Reichstags habe noch niemals eine wichtige Abstimmung stattgefunden, bei der das Gefühl völlig ausgeschaltet gewesen sei. Die Todesstrafe müsse endlich fallen.

Abg. Jägerski erklärte für die Wirtschaftspartei, daß seine Freunde für die Todesstrafe stimmen würden. Man dürfe nicht immer nur an die schrecklichen Stunden der Hinrichtung denken, man müsse auch daran denken, was derjenige durchmache, der einem Mörder zum Opfer falle. Die sozialdemokratische Presse habe durch ihren Kampf gegen die Todesstrafe gewiß einen Umschwung zugunsten ihrer Beseitigung herbeigeführt. Aber das Volk im ganzen wünsche auch heute noch nicht die Abschaffung der Todesstrafe.

Standard Tietz Abteilung

25 Pf

50 Pf

95 Pf



Klöppelspitze od. Einsatz 5 Meter **25 Pf.**
Klöppel-Hemdenpasse **25 Pf.**
Damen-Tuch weiss Dinst. m. farb. Kordele. best. Ecke. **25 Pf.**
Herr-Tuch weiss Linen, mit buntem Kan'te. **25 Pf.**



Knaben-Taghemd Schillerform. **50 Pf.**
Stickerel-Hemdenpasse **50 Pf.**
Milendecke weiss Fonda, mit Blumenmuster. ca. 90 x 90 cm. **50 Pf.**
Mädchen-Hemd mit Stickerel. **50 Pf.**



Bannerdecke wasch., licht- u. kochecht. ca. 100 x 100 cm. **95 Pf.**
Dubi-Nachthemd (Mädch.) farbig. Weize. Gr. 1-3. **95 Pf.**
Dam.-Hemd m. Stickerel. Kloppele. **95 Pf.**
Knaben-Nachthemd mit Krage. Gr. 1-2. **95 Pf.**
Nachthemdenpasse mit Stickerel. **95 Pf.**



Imitation-Kinder-Armbanduhr Stück **25 Pf.**
Glockenspielen-Nadel mit Farbstein oder Perle **25 Pf.**
Knaben-Uhrkette weiss u. vergold. **25 Pf.**
Sals- oder Pfeffer-Streuer m. silb. Deckel **25 Pf.**
Aparie-Vorstück aus edeln verschiedenen Mustern. Stück **25 Pf.**



Abb. 1 Zigaretten-Etui **50 Pf.**
Abb. 2 Ringe für Damen- und Herren, mit Farbstein, oder Smalt. Stück **50 Pf.**
Abb. 3 Ohringe echt Silber, Perlen oder Farbsteine, dir. Muster **50 Pf.**
Abb. 4 Moderne Steinkette in verschiedenen Farben **50 Pf.**
Abb. 5 Wachs-Perkette 150 cm lang **50 Pf.**



Manschettenknöpfe echt Silber Paar **95 Pf.**
Taschenbügel zum Selbstanfertigen von Handtaschen **95 Pf.**
Kleingeldbörse Alpaka gest. **95 Pf.**



Grosser Taschenkamm **25 Pf.**
Garantie-Zahnbürste **25 Pf.**
„Regla“ Zahnpasta **25 Pf.**
Zimmer-Thermometer **25 Pf.**
Bade-Thermometer **25 Pf.**



Rips-weste viele Farben **95 Pf.**
1 gr. Flasche Wasch-Eau de Cologne **95 Pf.**
1 Beutel (5 Stück) Toiletseife l. versch. Gerüche. ca. 90 g **95 Pf.**
Prima Gi-Kopfbürste **95 Pf.**
Damen-Krawatte Crêpe de Chine **95 Pf.**



1 Wischtuch gute Qualität, weiss-rot kariert, ges. u. geh. **25 Pf.**
1 Kaffeetischserviette Reiblein, ca. 34 x 34 cm. Indanthrenfarb. **25 Pf.**
1 Servierhaube **25 Pf.**
1 Meter Hemdenpasse-Ansatz **25 Pf.**
1 Wechtuch-Stuhlsitz **25 Pf.**
1 Leinwand-schoner Waschtuch **25 Pf.**
1 Mir. Scheibengardinen-Stoff, Elamta **25 Pf.**
72 Stück Stahlsicherheitsnadeln **25 Pf.**
1 Paar Strumpfhalter für Damen **25 Pf.**
12 Stück Krageknöpfe **25 Pf.**
1 Riesenstück Toiletseife **25 Pf.**
1 Taschenflakon leines Diamenparfüm **25 Pf.**
1 Küchenschüssel weiss emailliert **25 Pf.**
1 Küchenbrett **25 Pf.**
1 Salatöffel Horn **25 Pf.**
1 Taschenlampenbatterie **25 Pf.**
1 Gekleidete Stoffpuppe **25 Pf.**
1 Stofftier **25 Pf.**
1 farbig gemustert. Ballon am Stab **25 Pf.**



1 Küchenhandtuch weiss, Dreifachgewebe, mit roter Kan'te, ca. 46 x 100, ges. u. gebünd. **50 Pf.**
3 Herren-Tücher weiss Linen, mit farbiger Kan'te **50 Pf.**
1 Mir. Rockstickerel gute Qual. **50 Pf.**
1 Damen-Krawatte reiblein, Seide **50 Pf.**
1 Unterlage gute Qualität, Grösse 40 x 50 **50 Pf.**
1 Strichjäckchen **50 Pf.**
1 Strichhöschen **50 Pf.**
1 Büstenhalter gutes Trikot **50 Pf.**
1 Celluloid-Handspiegel **50 Pf.**
1 Beutel Toiletseife mit Mandel. **50 Pf.**
1 Reisekissen mit Menkel. **50 Pf.**
1 Storestange verstellbar, mit Zubehör **50 Pf.**
1 Landschaft Genre-Bild, m. Goldrahm, ca. 19 x 26 cm **50 Pf.**
1 Tablett rund oder oval **50 Pf.**
1 Rauchgarnitur 4 tlg., farbig **50 Pf.**
1 Taschenlamp.-Hülse Dörne **50 Pf.**
1 Kleiderbügel **50 Pf.**
1 Brotkorb emailliert **50 Pf.**
1 Regia-Platt best. Fabrikat **50 Pf.**
1 Celluloid-Klopfer **50 Pf.**
1 Gummiball zum Aufblasen **50 Pf.**



1 Protterhandtuch schwere Qualität **95 Pf.**
1 Entertalle eleg. garniert **95 Pf.**
1 Büstenhalter aus Wäschestoff, RN & enadfluss **95 Pf.**
1 Küchenhandtuch Reiblein, Dreifachgewebe, ca. 46 x 100 cm, abgez. ger. geh. **95 Pf.**
6 Damenücher weisse Best. mit farb. Häkelan'o und farbigen Hohlraum **95 Pf.**
1 Mir. Spannstoff ca. 112 cm breit **95 Pf.**
1 Mir. Scheibengardinenstoff ca. 100 cm breit **95 Pf.**
1 Mir. Tüll-Querbehandelstoff, ca. 65 cm breit **95 Pf.**
1 Mir. dunkelgründer Modras ca. 130 cm breit **95 Pf.**
1 Krümeischiippe m. Essen **95 Pf.**
1 Leuchter 3 arm., m. Kerze **95 Pf.**
1 Zigarettenkasten Glas, mit Messingdeckel **95 Pf.**
1 Kugelgelenkpuppe gekleidet, mit Haar und Schlangen... ca. 24 cm **95 Pf.**
„Der hungrige Vogel“ originelle Spielzeug... mit Beleuchtung **95 Pf.**
1 Auto ohne Batterie **95 Pf.**



Gemüschneider **25 Pf.**
Kaffeetischserviette **25 Pf.**
1 Paar Strumpfhalter für Damen **25 Pf.**
12 Stück Krageknöpfe **25 Pf.**
1 Riesenstück Toiletseife **25 Pf.**
1 Taschenflakon leines Diamenparfüm **25 Pf.**
1 Küchenschüssel weiss emailliert **25 Pf.**
1 Küchenbrett **25 Pf.**
1 Salatöffel Horn **25 Pf.**
1 Taschenlampenbatterie **25 Pf.**
1 Gekleidete Stoffpuppe **25 Pf.**
1 Stofftier **25 Pf.**
1 farbig gemustert. Ballon am Stab **25 Pf.**



Kaffeetischserviette **25 Pf.**
Küchenschüssel **25 Pf.**
Vase, blau, Kunstglas **25 Pf.**



Schmortopf email. ca. 21 cm **95 Pf.**
Waschbecken weiss m. Seifenspül. emailliert. **95 Pf.**
Wärmflasche oval **95 Pf.**



Bierbecher **25 Pf.**
Kompots **25 Pf.**
3 Kompott-teller **25 Pf.**
Butter-dose **25 Pf.**
Kompott-teller „Irma“ **25 Pf.**



Kehrschaufel emailliert **50 Pf.**
Obstmesser rostfrei **50 Pf.**
Teller Feston Gold, tief od. flach, Stück **50 Pf.**
Teeglas-halter mit Glas **50 Pf.**
1 Satz Salats 2 tlg. aus **50 Pf.**



1 Brotkorb emailliert **50 Pf.**
1 Regia-Platt best. Fabrikat **50 Pf.**
1 Celluloid-Klopfer **50 Pf.**
1 Gummiball zum Aufblasen **50 Pf.**
1 Satz Salats 2 tlg. aus **50 Pf.**



Kompots **25 Pf.**
3 Kompott-teller **25 Pf.**
Butter-dose **25 Pf.**
Kompott-teller „Irma“ **25 Pf.**



Kinder-service 2 tlgig aus **50 Pf.**
Vase **50 Pf.**
Sturz-flasche **50 Pf.**
Kompots **50 Pf.**



3 Römer **95 Pf.**
Salats Feston Gold **95 Pf.**
Sauciere Feston Gold **95 Pf.**
Platte Feston Gold **95 Pf.**
3 Weingläser **95 Pf.**

HERMANN TIETZ

Leipziger Strasse • Alexanderplatz • Frankfurter Allee • Belle-Alliance-Strasse • Brunnenstrasse • Kottbuser Damm • Wilmersdorfer Strasse • Andreasstrasse • Chausseestrasse